



RECHENSCHAFTS- BERICHT 2022

ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 08.11.2023

INHALTSVERZEICHNIS

Berichte

- 04 Vorstand
- 06 Aufsichtsratsvorsitzender

Bereiche

- 08 Mitglieder I
- 13 Mitglieder II
- 19 Kommunikation
- 21 Innovation und besondere Mitgliederunterstützung
- 25 Interne Kunden

Einblicke

- 27 Freiwilligendienste
- 29 Fröbelseminar
- 31 Diakonie in Rheinland-Pfalz

Anhang

- 32 Statistik
- 33 Organigramm



BERICHT DES VORSTANDS

„Denn ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der HERR: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, dass ich euch gebe Zukunft und Hoffnung.“ (Jeremia 29,11)

2022 war ein bewegtes und forderndes Jahr für uns alle. Umso mehr halten wir an unseren Zielen fest und wollen gemeinsam mit Ihnen voller Hoffnung und Zuversicht nach vorne blicken. Diakonie übernimmt Verantwortung, um Gottes Liebe zur Welt zu bezeugen. Wir setzen uns im Landesverband und gemeinsam mit allen unseren Mitgliedseinrichtungen täglich mit Leidenschaft ein, um Menschlichkeit, Professionalität und Wirtschaftlichkeit in einer Balance zu halten, auch und gerade in schwierigen Zeiten. Wir benennen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krisenjahre für unsere Mitgliedseinrichtungen und die ihnen anvertrauten Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben. Gemeinsam mit der Politik, Partner*innen und Entscheidungsträger*innen suchen wir nach Lösungen. So ist es auch 2022 gelungen, unsere Gesellschaft im Sinne der christlichen Nächstenliebe ein gutes Stück weit mitzugestalten.

Angriffskrieg Russlands: Solidarität und tatkräftige Hilfe für Schutz suchende Ukrainer*innen

Anteilnahme und die Bereitschaft zum Engagement prägten die Atmosphäre der digitalen Friedensgebete, zu denen die Kolleg*innen der Diakonie Hessen seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zusammenkamen. Hochprofessionell unterstützten die Migrations- und Fluchtberatungsstellen von Diakonie und Kirche in den folgenden Monaten geflüchtete Menschen dabei, in Deutschland anzukommen. Und verhelfen Schutz suchenden Menschen bis heute zu ihrem Bleiberecht. Landeskirchen und Gemeinden haben Unterkünfte für neu ankommende Flüchtlinge aus der Ukraine bereitgestellt. Ehrenamtliche engagierten sich zahlreich vor Ort. Die Abteilung Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration bietet über ein Padlet wöchentlich neueste Informationen zur Situation der über 140.000 Geflüchteten, die im ersten Jahr seit Kriegsbeginn in Hessen und Rheinland-Pfalz Schutz gesucht haben.

Orientierung und Unterstützung in Zeiten von Inflation und Energiekrise

Auf den Angriffskrieg in der Ukraine folgen die Energiekrise und Inflation. Um in dieser unübersichtlichen und sich schnell wandelnden Gemengelage Orientierung zu geben, bildet die Diakonie Hessen einen „Koordinierungsstab Energie“. Mit der Arbeit der Fachgruppe und in Einzelberatungen unterstützt der Landesverband seine Mitglieder bei der Bewältigung der zunehmenden Belastung, insbesondere durch steigende Kosten und offene Finanzierungsfragen.

Auf dem Sozialgipfel von Ministerpräsident Rhein Ende September 2022 lenkt der Vorstandsvorsitzende der Diakonie Hessen Carsten Tag erfolgreich den Blick der Politik auf die Menschen, die unter den Folgen der Krisen besonders leiden. Als ein Ergebnis des Gipfels unterstützt die Landesregierung in Not geratene Menschen in Hessen zusätzlich mit einem

Härtefallfonds. Auch die Forderung, die Unterstützungsangebote von Verbraucherzentralen, Schuldnerberatungen und Energieberatungen zu stärken, verankert die Landesregierung nach dem Gipfel in ihrem Maßnahmenkatalog.

Ab Herbst sorgt die Energiepreispauschale für Mehreinnahmen bei Kirche und Diakonie. Gemeinsam mit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) diskutiert die Diakonie mögliche Verwendungszwecke. Als Ergebnis fließen die Mittel in die Arbeit der regionalen Diakonischen Werke, was der Landesverband ausdrücklich begrüßt und wofür er den Kirchen dankt.

Stärken. Fördern. Mitgestalten. – die Strategie 2027 der Diakonie Hessen

„Gemeinsam nach vorne schauen, um die Zukunft zu gestalten!“ sind Wunsch und Anspruch, den wir als evangelischer Wohlfahrtsverband mit unserer neuen Strategie 2027 verbinden. In den letzten Jahren gab es tiefgreifende Veränderungen im Landesverband. Wir haben die Fusion und die Ausgliederung der Regionalen Diakonischen Werke auf dem Gebiet der Ev. Kirche in Hessen und Nassau erfolgreich gestaltet. Hinzu kommen soziale, ökologische und ökonomische Veränderungen in unserer Gesellschaft, die sich unmittelbar auf unsere Mitglieder und die ihnen anvertrauten Menschen und somit auf die Anforderungen der Arbeit der Diakonie Hessen auswirken. Die Veränderungen sind in unsere Strategie 2027 eingeflossen. Wir blicken mit Tatkraft und Zuversicht in die Zukunft: Unsere Mitglieder sollen gestärkt, die diakonische Dimension von Kirche soll gefördert und die Gesellschaft im Sinne der christlichen Nächstenliebe mitgestaltet werden. Aus den Zielen leiten wir insgesamt sieben strategische Schwerpunkte ab, die wir in Form von halbjährlich neu festgesetzten operativen Maßnahmen mit Leben füllen.

Schutz vor sexualisierter Gewalt: Mitgliederversammlung verabschiedet Richtlinie

Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung: Auf der Mitgliederversammlung im November 2022 haben die Mitglieder die Gewaltschutz-Richtlinie zu „Sexualisierter Gewalt“ verabschiedet, die der Landesverband zuvor auf Basis der Präventionsgesetze der Kirchen ausgearbeitet hatte. Sie gilt verbindlich für den Landesverband selbst und alle Mitglieder. Die Diakonie Hessen unterstützt ihre Mitglieder bei der Erstellung von Präventionskonzepten. Damit sensibilisiert die Diakonie Hessen und bezieht eindeutig Position: Menschen müssen vor sexualisierter Gewalt geschützt werden.

Recht auf Sterben und assistierter Suizid

Seit Juni 2022 widmet sich Pfarrerin Dr. Angela Rascher im Landesverband den Aufgabengebieten Hospizarbeit und diakonisch-kirchliche Kultur. Hierzu gehört auch die Auseinandersetzung in der Diakonie Hessen mit dem Recht auf assistierten Suizid. Gemeinsam mit der Diakonie Deutschland vertreten wir die klare Haltung, dass jedes Leben eine ihm innewohnende Würde hat – bis zuletzt. Zugleich ist uns bewusst, dass diejenigen, die in einer kirchlich-diakonischen Einrichtung einen assistierten Suizid für sich erwägen, nicht ausgeschlossen werden dürfen. Eine adäquate Form der Begleitung soll im Einzelfall bedacht werden. Ein zentrales Anliegen ist uns, die Einrichtungen in ihrer Positionsbestimmung gut zu begleiten. Diese gemeinsame Linie wurde mit beiden Kirchen festgehalten und wird z. B. im Rahmen von Fachtagen wie im März 2023 in ihren Implikationen vertieft. Auf der Mitgliederversammlung 2023 steht es zudem als Schwerpunktthema auf der Tagesordnung.

Zusammenarbeit in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Gemeinsam mit weiteren Bündnispartner*innen arbeitet die Diakonie Hessen in der Liga Hessen kontinuierlich an wichtigen politischen Forderungen und nimmt Einfluss auf politische Entscheidungsträger*innen. Im Februar 2022 übernahm der Vorstandsvorsitzende Carsten Tag turnusgemäß den Vorsitz im Vorstand der Liga Hessen. In Gesprächen mit den Landtagsfraktionen, mit Staatsminister Klose vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) und der Staatskanzlei sowie im Rahmen des Gas- und Sozialgipfels des Ministerpräsidenten wurden wichtige sozialpolitische Positionen eingebracht. Unter dem Motto „Zusammen Hessen stärken“ setzte die Liga ein starkes Zeichen für den gesellschaft-

lichen Zusammenhalt, der durch gegenwärtige Krisen und daraus folgende Radikalisierungen zunehmend belastet und gefährdet ist.

Auf dem Weg zur hessischen Landtagswahl 2023

Bereits Ende 2022 hat die Diakonie Hessen mit ihrer Positionierung zur hessischen Landtagswahl begonnen. Ziel ist es, im Sinne der sozialpolitischen Anwaltschaft der Diakonie Hessen Einfluss zu nehmen. Schwerpunkte der Arbeit sind die Broschüre „Unerhört.Sozial.Hessen“, in der die Diakonie Stellung zu wichtigen sozialen Themen bezieht, und der Sozial-O-Mat der Diakonie Hessen, der als Online-Wahlhilfe spielerisch und niedrigschwellig eine Orientierung zu den sozialpolitischen Positionen der Parteien gibt.

Ausblick

Wir setzen uns weiterhin mit fester Überzeugung, großer Tatkraft und lebendigem Engagement für die Ziele der Diakonie ein. Dabei stehen für uns unsere Mitglieder und die ihnen anvertrauten Menschen im Mittelpunkt. Die Bekämpfung von Armut, nachhaltiges Denken und Handeln, der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel sowie der zunehmend rauer werdende politischen Diskurs beschäftigen uns und unsere Mitglieder. Den Mitgliedseinrichtungen bereiten insbesondere die wirtschaftliche Situation und der Personalmangel große Sorgen. Damit der Landesverband auch in Zukunft seine Beratungs- und Unterstützungsleistungen in umfänglichem Maße anbieten kann, wird die Höhe der zukünftigen Finanzzuweisungen für den Diakonie Hessen e. V. der beiden Landeskirchen von zentraler Bedeutung sein.

Dank

Als Vorstand danken wir auch in diesem Jahr allen Mitarbeiter*innen der Diakonie Hessen und ihrer Mitgliedseinrichtungen für ihren tatkräftigen Einsatz, auch und gerade in krisenhaften Zeiten! Den Mitgliedern des neuen Aufsichtsrates danken wir für die Bereitschaft (erneut) zu kandidieren und freuen uns auf stets konstruktive und kritische Zusammenarbeit! Wir brauchen in unserer Gesellschaft und vor Ort eine gemeinsame starke Diakonie!

Pfarrer Carsten Tag, theologischer Vorstand und Vorstandsvorsitzender

Dr. Harald Clausen, juristischer Vorstand

BERICHT DES VORSITZENDEN DES AUFSICHTSRATS

Vorbemerkung

Folgende gewählte und entsandte Mitglieder gehören dem Aufsichtsrat an (Stand: 30.9.2023):

Mitglieder gem. § 17 Abs. 1 Nr. 1 der Satzung:

1. Pfarrer Gerd Biesgen
2. Pfarrer Maik Dietrich-Gibhardt
3. Christian Fuhrmann
4. Dr. Jochen Gerlach
5. Dr. Christian Geyer
6. Martina Heide-Ermel
7. Maike Henningsen
8. Jörg Marx
9. Andrea Röth
10. Dekanin Dr. Dorette Seibert
11. Pfarrerin Martina Tirre
12. Jörg Wiegand

Mitglieder gem. § 17 Abs. 1 Nr. 2 der Satzung:

1. OLKRin Claudia Brinkmann-Weiß
2. Dekanin Petra Hegmann
3. OKR Christian Schwindt
4. OLKRin Dr. Anne-Ruth Wellert
5. OKR Jo Hanns Lehmann
6. Stellvertr. Kirchenpräsidentin Ulrike Scherf

Mitglieder gem. § 17 Abs. 1 Nr. 3 der Satzung vom Gesamtausschuss gem. MVG entsandt:

1. Christopher Flohr
2. Reiner Friele

Mitglied gem. § 17 Abs. 1 Nr. 4 der Satzung mit beratender Stimme:

1. Ernst Walter Görisch (Vorsitzender der Mitgliederversammlung)
2. Pröpstin Katrin Wienold-Hocke (stellvertretende Vorsitzende der Mitgliederversammlung)

Vorstand Diakonie Hessen (Mitglieder gem. § 19 Abs. 2 der Satzung – mit beratender Stimme):

Pfarrer Carsten Tag (Vorstandsvorsitzender)
Dr. Harald Clausen (Juristischer Vorstand)

Die Weiterentwicklung der Diakonie Hessen als eine Organisation, die auf Mitgliederverbands- und Spitzenverbandsaufgaben konzentriert ist, war eines der wesentlichen Schwerpunktthemen, mit denen sich der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2022 immer wieder beschäftigt hat. So hat das Gremium in seiner Sitzung im März 2022 die vom Vorstand vorgelegte „Strategie 2027 - Stärken. Fördern. Mitgestalten.“ nach einem intensiven Beratungsprozess beschlossen. Die Absicht, im Rahmen des dahinter liegenden Strategieprozesses eine Klärung über das Selbstverständnis und die Ziele der Diakonie Hessen herbeizuführen, ist aus Sicht des Aufsichtsrates erfolgreich erreicht worden. Diese Klärung war aus Sicht des Gremiums wichtig, um den erwartbaren Veränderungen von Rahmenbedingungen und den teilweise disruptiven Entwicklungen in der Gesellschaft gut begegnen zu können.

Auch vor diesem Hintergrund kann die Notwendigkeit eines guten Miteinanders von Unternehmensdiakonie, verfasster Kirche und regionalen Diakonischen Werken nicht genug betont werden. Entsprechend hat sich der Aufsichtsrat im Berichtszeitraum abschließend mit der Rahmenordnung „regionale Arbeitsgemeinschaft“ beschäftigt. Analog zu den „Arbeitsgemeinschaften Diakonischer Dienste“ auf dem Kirchengebiet von Kurhessen-Waldeck bietet sie den genannten Akteuren auch auf dem Kirchengebiet in Hessen und Nassau ein Format für Austausch und Zusammenarbeit.

Mit dem Beschluss dieser Rahmenordnung verbindet der Aufsichtsrat die Hoffnung, dass dieses Format auch konstruktiv im Sinne des Auftrags von Kirche und Diakonie genutzt wird. Gerade das Jahr 2022 hat gezeigt, wie wichtig Diakonie und Kirche in Krisenzeiten auch in der jeweiligen Region werden; man denke nur an die Bewältigung der Corona-Folgen und der Konsequenzen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.

Ein weiteres Thema von großer gesellschaftlicher Relevanz stellt der Umgang mit sexualisierter Gewalt nicht nur im Kontext der verfassten Kirche, sondern auch in Einrichtungen der Diakonie dar. Der Aufsichtsrat hat die entsprechende Gewaltschutzrichtlinie nach intensiver Beratung im September 2022 beschlossen. Teil des Beschlusses war, dass die Richtlinie aufgrund ihrer besonderen Bedeutung der Mitgliederversammlung zur Bestätigung vorgelegt werden sollte. Diese Bestätigung erfolgte bekanntlich im November 2022.

Wichtige arbeitsrechtliche Themen wie die Kirchenge-mäßigkeit des Tarifvertrags für die Diakonische Alten-

hilfe Hessen und die Änderung der Arbeitsrechtsregelungsordnung standen ebenso auf der Tagesordnung des Aufsichtsrates wie arbeitsrechtliche Grundsatzfragen. Beschlossen wurde auch die strategisch begründete Übertragung der bisherigen Abteilung Kindertagesstätten (Kurhessen-Waldeck) im Rahmen eines Teilbetriebsüberganges auf die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck zum Jahreswechsel 2022/23.

Inzwischen hat sich der auf der letzten Mitgliederversammlung neu gewählte Aufsichtsrat konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Von besonderer Bedeutung war in den bisherigen Sitzungen die künftige Entwicklung der Kirchenzuweisungen. Damit gehen in wirtschaftlicher Hinsicht erhebliche Unsicherheiten für die Diakonie Hessen einher. Gegenüber den jeweiligen Kirchenleitungen hat der Aufsichtsrat hier seine Besorgnis bekundet. Abhängig von den Entscheidungen der Kirchensynoden ist erneut von einem umfangreichen Organisationsentwicklungsprozess für den Verband auszugehen. Der Aufsichtsrat wird diesen Prozess im Rahmen seines satzungsgemäßen Mandates begleiten, und dabei wird erneut die „Strategie 2027“ den Referenzrahmen darstellen.

Jahresabschluss 2022:

In seiner Sitzung am 27.09.2023 hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss 2022 nach § 18 Abs. 2 Ziff. 7 der Satzung festgestellt. Die Diakonie Hessen schließt das Jahr 2022, wie im Prüfbericht vorgelegt, mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 658.683,86 Euro ab. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Mitgliederversammlung die Genehmigung.

Neu aufgenommene Mitglieder seit 1.1.2022:

Seniorenzentrum Gladenbach GmbH
WDS Zum Weinberg Asel gGmbH
Ambulante Dienste Nordhessen gGmbH
AGAPLESION Wohnen und Pflegen Nord gGmbH
AGAPLESION Gertrudenstift gemeinnützige GmbH

Ausgeschiedene Mitglieder zum 31.12.2022:

Ginsheim-Gustavsburger Tafel e.V.
(rückwirkend zum 1.1.2020)
CVJM-Bildungswerk gGmbH
CVJM-Akademie gGmbH
GfDS Gesellschaft für Diakonie- und Sozialstationen Bad Hersfeld e.V.

Die Gesamtzahl der Mitglieder der Diakonie Hessen beläuft sich derzeit auf 445 Mitglieder.

Sitzungstermine des Aufsichtsrats 2022:

09.03.2022 per Videokonferenz
30.06.2022 in Frankfurt
28.09.2022 in Kassel
12.12.2022 in Frankfurt

Dank

Mit der Neuwahl des Aufsichtsrates bei der letzten Mitgliederversammlung sind einige zum Teil langjährige Mitglieder des Gremiums ausgeschieden. Ihnen gebührt großer Respekt und Dank dafür, dass sie ihre Kraft, Zeit und Kompetenz, aber auch ihre Leidenschaft für die Diakonie Hessen und ihre Entwicklung eingesetzt haben. Allen neu gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates ist herzlich dafür zu danken, dass sie wichtige Verantwortung in herausfordernden Zeiten übernommen haben. Zu danken ist auch dem Vorstand, Pfarrer Carsten Tag und Dr. Harald Clausen, für die gute Zusammenarbeit und den Einsatz für die Weiterentwicklung des Landesverbandes. Und ein besonderes Dankeschön geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie Hessen, deren Engagement und Verbundenheit von entscheidender Bedeutung ist und bleibt.

Pfarrer Maik Dietrich-Gibhardt,
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Diakonie
Hessen

MITGLIEDER I

Teilhabe am Arbeitsleben (EGHS)

Auf Grundlage des Teilhabestärkungsgesetzes werden seit 01.01.2022 flächendeckend einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) installiert. 1/5 der in Hessen eingerichteten Stellen befinden sich in diakonischer Trägerschaft. Es wurde eine Mustervereinbarung entwickelt sowie eine Arbeitsgruppe installiert, die die Entwicklung der EAA begleitet. In der Arbeitsgruppe, die den Rahmenvertrag II (Teilhabe am Arbeitsleben) erarbeitet hat, wurde in 20 Sitzungen an den Anlagen zum RV II sowie an den Vorgaben für den „Umklapp“ der Finanzierung weitergearbeitet. Trägerinformationsveranstaltungen zur Umsetzung wurden z. T. gemeinsam mit dem Kostenträger durchgeführt. Da mit Einführung des BTHG und somit auch des neuen Rahmenvertrages eine Trennung der Tagesförderstätten von den Werkstätten einhergeht, wurde im Rahmen eines Fachtages an Ideen und Maßnahmen zur sozialräumlichen Weiterentwicklung dieser Unterstützungsleistung gearbeitet. Es bleibt weiterhin eine politische Forderung an Werkstätten, mehr Menschen die Teilhabe am Arbeitsleben außerhalb der WfbM auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Es wird Aufmerksamkeit darauf zu legen sein, wie auch zukünftig für die Menschen mit Behinderung, die kein Arbeitsangebot auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden oder wünschen, ein bedarfsdeckendes Angebot über WfbM vorgehalten werden kann.

Referat Suchtfragen

Die geplante Cannabislegalisierung war 2022 vorherrschendes Thema, auf welches mit einem Forderungspapier und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen von ELAS und HLS reagiert wurden. Forderungen sind u. a. mehr Gelder für Präventions- und Beratungsangebote, begleitende Forschung sowie das Abgabalter auf 21 Jahre hochzusetzen. In den Suchtberatungsstellen wurden überwiegend alkoholabhängige Menschen beraten, aber auch Angebote zu illegalen Suchtmitteln, Glücksspielsucht und Suchtprävention wurden nachgefragt. Zudem startete das HLS-Pilotprojekt „DigiSucht“ – die digitale Suchtberatung, an welchem drei Einrichtungen teilnahmen. Als wichtiger Baustein der Suchthilfe wurde die ehrenamtliche Suchtselbsthilfe mit ca. 200 Selbsthilfegruppen unterstützt. Zusätzlich fand die Suchthelfer*innen-Ausbildung in Hessen Süd mit 19 Teilnehmenden statt. Seit Mitte 2023 ist Nathalie Bonnet als Referentin tätig. Sie konzentriert sich auf zielgruppenspezifische Dienstleistungen, Mitgliedervernetzung, Öffentlichkeits-, Gremien- und Lobbyarbeit sowie digitale Formate zur Suchtprävention.

Soziale Teilhabe in der Eingliederungshilfe

Im Jahr 2022 standen die Verhandlungen zum Rahmenvertrag 3 nach § 131 SGB IX zu den schriftlichen Vereinbarungen nach § 125 SGB IX für Leistungen zur Sozialen Teilhabe und zur Teilhabe an Bildung nach Beendigung der Schulausbildung (Sekundarstufe II) für den Zeitraum ab 01.07.2023 kurz (Rahmenvertrag 3) im Vordergrund. Insbesondere die Themen Leistungs- und Vergütungsstruktur und Dokumentation wurden verhandelt und unsere Positionen mit den Mitgliedseinrichtungen abgestimmt. Im Bereich der Dokumentation ist es nach langen und schwierigen Verhandlungen gelungen, eine Prozessdokumentation zu vereinbaren. Dies ist für die Mitgliedseinrichtungen von Vorteil, da so die aufwendige Einzelleistungsdokumentation entfallen kann. Bei der Prozessdokumentation werden auf der Grundlage einer konkreten Leistungsplanung ausschließlich die Abweichungen festgehalten und bewertet. Dies ist eine wesentlich Erleichterung gegenüber der bisherigen Einzelleistungsdokumentation und ermöglicht es, den Teilhabeprozess sinnvoll zu steuern. Ein weiterer Schwerpunkt waren die Informationen zu dem Bedarfsermittlungsinstrument des LWV - Personenzentrierter integrierter Teilhabeplan (PiT) –, das künftige Grundlage der Bedarfsfeststellung ist. Auch im Jahr 2022 wurden für die Einrichtungen wieder ICF- und PiT-Schulungen durch die Diakonie Hessen angeboten.

„... schon so ein bisschen Abgabe von Macht“ – Partizipation in den Diensten der Eingliederungshilfe

Die gleichberechtigte Partizipation von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ist ein zentrales Querschnittsanliegen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Vereinte Nationen 2008). Nicht zuletzt durch die rechtliche Verankerung der Konzepte der Personenzentrierung und der Sozialraumorientierung im Bundesteilhabegesetz (BTHG) (Deutscher Bundestag 2016) sind auch die Anbieter der Eingliederungshilfe zur Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten ihrer Nutzer*innen verpflichtet. Seit fast zwei Jahren wird nun schon gemeinsam mit der Facharbeitsgemeinschaft Teilhabe (AGT) an dem Modellprojekt „Teilhabe stärken – Wir sind zusammen mutig!“ gearbeitet. Ziel des Projektes ist es, Beteiligung und Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen in Organisationen der Eingliederungshilfe zu verbessern. Die Aktion Mensch und die Diakonie Hessen fördern das Projekt bis zum 31.08.2025. Drei Organisationen

der Diakonie Hessen (BI Marburg/EVIM Bildung/DW Limburg) erarbeiten in einem partizipativen Prozess gemeinsam mit ihren Nutzer*innen (Expert*innen in eigener Sache) Aktionspläne zur Mitbestimmung für ihre eigenen Organisationen. Im Jahr 2022 wurde ein Prozessteam gegründet – bestehend aus Leitungen, Mitarbeitenden und Nutzer*innen. Von ihnen werden Strategien und Aktivitäten gezielt erarbeitet und begleitend reflektiert. Zunächst wurde ein gemeinsames Verständnis von Partizipation erarbeitet und theoretisches Wissen über Aktionspläne und deren Ziele vermittelt. Schritt für Schritt entwickelten die Organisationen individuelle Herangehensweisen und es wurden bereits konkrete Maßnahmen zur Verbesserung von Mitbestimmung in den Organisationen umgesetzt. Die Arbeit der formellen Nutzer*innenbeiräte wurde verstärkt in die Organisationskommunikation eingebunden und als Informationskanal zwischen Vorstand, Mitarbeitenden und Nutzer*innen etabliert. Im Rahmen des Projektes entstanden bereits neue Maßnahmen der Mitbestimmung, wie beispielsweise die Mitwirkung von Nutzer*innen bei den Personalauswahlverfahren und die partizipative Planung von Festen. Diese Veränderungsprozesse werden zudem wissenschaftlich begleitet und analysiert. Hierzu wurden in 2022 erstmals Interviews mit Nutzer*innen, Leitungen und Mitarbeitenden geführt und ausgewertet. Im kommenden Jahr sollen die Aktionspläne, in denen die Organisationen ihre Maßnahmen zur Stärkung von Mitbestimmung festlegen, fertiggestellt werden. Weiterhin werden die Organisationen in ihren individuellen Vorhaben unterstützt, Mitbestimmung zu stärken. Das Prozessteam wird die Steuerung, die Umsetzung in den Organisationen und mögliche Anpassungen begleiten. Geplant sind zudem Schulungen zum Thema barrierefreie Sprache sowie Schulungen zur Selbstermächtigung (Empowerment) von Nutzer*innen. Des Weiteren werden die ersten Ergebnisse der Begleitforschung auf Fachtagungen referiert und in Fachzeitschriften publiziert. Im Jahr 2023 erfolgt die weitere wissenschaftliche Dokumentation des Prozesses anhand von moderierten Gruppendiskussionen. Nach Abschluss der Gesamtlaufzeit des Projektes werden die Erkenntnisse aus dem Projekt als Handlungsempfehlungen für andere Organisationen der Eingliederungshilfe, die die Partizipation von Menschen mit Behinderung stärken wollen, übertragbar gemacht.

Krisen belasten Familien spürbar (FFJK)

Im Jahr 2022 kam es zu einem deutlichen Anstieg der Beratenden in den Beratungsstellen Frauen- und Familiengesundheit/Müttergenesung. 2.332 Mütter und 129 Väter (in 2021 insg. 1.699 Personen) wur-

den in den regionalen Diakonischen Werken und Mitgliedseinrichtungen der Diakonie Hessen beraten und unterstützt. 1.174 Mütter und Väter, für die eine Antragstellung auf eine Vorsorge- und Reha-Maßnahme §§ 24,41 SGB V für Mutter-Kind bzw. Vater-Kind in Betracht kam, wurden auf dem Weg zu einer Kurmaßnahme begleitet. Die Themen und Belastungen, mit denen die Mütter und Väter in die Beratungsstellen kamen, waren komplexer als in den Vorjahren. Häufiger wurden psychische Störungen, wie starke Erschöpfungszustände, Schlaf- und Angststörungen sowie Depressionen, genannt. Bei Kindern nahmen die psychosomatischen Beschwerden zu wie auch Allergien und Verhaltensauffälligkeiten. Die seit der Corona-Pandemie zunehmenden Belastungen (Ukrainekrieg, Klimakrise, gestiegene Energie- und Lebenshaltungskosten) haben dazu geführt, dass es Eltern und Kindern insgesamt schlechter geht als noch vor vier Jahren. Eine hohe Sensibilität und fachliche Kompetenz ist gefragt, um adäquat in Kurmaßnahmen und/oder weitere Hilfs- und Unterstützungsangeboten vor Ort zu vermitteln. Leider haben sich in den letzten Jahren Beratungsstellenkapazitäten weiter reduziert. Waren es im Jahr 2018 noch ca. 9,5 VZ, waren es in 2022 nur noch ca. 8,2 VZ und im Mai 2023 noch ca. 6,8 VZ-Stellen. Ursache hierfür ist die fehlende Refinanzierung durch das Land Hessen sowie die angekündigten Mittelkürzungen der beiden Landeskirchen. Ohne ein deutliches Bekenntnis von Kirche und Diakonie für dieses Arbeitsgebiet und Initiativen zur Absicherung wird dieses präventiv wirkende Beratungsangebot für belastete Eltern und ihre Kinder, auch in 2023 weiter schrumpfen.

JMDs sind in Krisenzeiten wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft

Im Jahr 2022 wurden in den Jugendmigrationsdiensten (JMD) 3.015 junge Menschen mit Migrationsgeschichte (2021: 2.881) aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea und Somalia sowie eine steigende Zahl an Ukrainer*innen begleitet. Die Beratungsthemen waren vielfältig: schulische und berufliche Perspektiven erarbeiten, Sprachförderung, Ausbau von Kompetenzen und Stärken, Kommunikation mit Ämtern und Behörden, Anerkennung von Zeugnissen, Existenzen sichern, prekäre Arbeits- und Wohnverhältnisse, persönliche, finanzielle, gesundheitliche und aufenthaltsrechtliche Fragestellungen, Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen sowie Ausgrenzung. Die jungen Menschen standen 2022 vor zahlreichen gesellschaftlichen Herausforderungen, die ihre Lebensentwürfe beeinflussen und die Integrationsbemühungen erschweren. Das Jugendalter ist von Umbruchzeiten und Übergängen geprägt, zusätzlich

MITGLIEDER I

waren die Menschen mit diversen Krisen (Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Gesellschaft, Klimakrise, Finanzkrise, gestiegene Energiepreise, fehlende Wohnräume, Krieg in der Ukraine, steigende Preise für Lebensmittel, strukturelle Diskriminierung) konfrontiert. Die JMDs müssen, um in einer wachsenden Vielfaltsgesellschaft gerecht zu agieren und für den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu sorgen, politisch gewollt und gefördert sein. Nur so kann gewährleistet werden, dass sowohl für die Erst- als auch für die weiterführende Integration auch zukünftig eine verlässliche und qualitativ hochwertige Beratung vorgehalten werden kann. Auch in 2023 muss Lobbyarbeit für die JMDs auf verschiedenen Ebenen wirken: vor Ort sowie auf Landes- und Bundesebene.

Anstieg der Schwangerenberatung sowie der Schwangerschaftskonfliktberatung in Krisenzeiten

Insgesamt 7.635 Frauen, Schwangere und Familien (25 Prozent mehr als 2021) wurden in den diakonischen Beratungsstellen in Hessen beraten. Primäre Themen in der Beratung waren die Auswirkungen der multiplen Krisen – von der Pandemie bis zur Ukraine-Krise – auf die Lebensumstände von Frauen, Paaren und Familien. Die Frage nach ergänzenden Sozialleistungen (Wohngeld, Kinderzuschlag etc.) oder finanzieller Unterstützung durch Stiftungen nahm viel Raum und Zeit ein, vor allem wenn Dolmetschende für die Beratung notwendig waren. Anträge auf Elterngeld und an der Bürokratie verzweifelte Eltern erschöpften das Zeitkontingent der Berater*innen. Ende 2022 startete die Diakonie Deutschland einen Meinungsbildungsprozess zum § 218 StGB und dessen Regulierung außerhalb des Strafgesetzbuches unter Einbindung der Landesverbände und der Landeskirchen. Die Diakonie Hessen ist mit den Beratungsstellen sowie mit den Landeskirchen in Hessen im Austausch. Auf Bundesebene arbeitet eine Kommission im BMFSFJ – ohne Beteiligung der Kirchen und Wohlfahrtsverbände – an einer Neubewertung des § 218 StGB. Ein Ergebnis wird im Sommer 2024 erwartet.

Stiftungsmittel für Schwangere und Familien wichtiger denn je

Im Haushaltsjahr 2022 erhielt jede 6. Schwangere in Hessen bei der Familiengründung oder -erweiterung Mittel aus der „Bundesstiftung Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Aus dem regulären Haushalt der Bundesstiftung erhielt Hessen 7.192.133,22 € in 2022 sowie zusätzliche Mittel in Höhe von 227.208,02 € für aus der Ukraine geflüch-

tete schwangere Frauen. Einkommensschwache Haushalte, die besonders unter der Energiekrise und dem Inflationsanstieg zu leiden hatten, erhielten zusätzlich eine Energiepauschale. Die Notlagen von Schwangeren und Familien in Hessen nehmen zu und reichen von prekären Arbeitsverhältnissen im Niedriglohsektor, Überschuldung, Wohnungsnot bis hin zu häuslicher Gewalt. Die Hälfte der Antragsstellerinnen erhielten SGB II/XII-Leistungen und über 30 Prozent waren alleinerziehend bzw. alleinlebend.

Die Geschäftsstelle wird sich in Berlin dafür einsetzen, dass das Stiftungsvermögen erhöht wird und weitere Sondermittel für Schwangere zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund erst jetzt eintretender hoher Nachzahlungen von Nebenkosten sowie erhöhter Lebenshaltungskosten rechnen wir im Jahr 2023 damit, dass die Antragszahlen in der Bundesstiftung wieder steigen werden.

Das Jahr 2022 stand wieder im Schatten der Corona-Pandemie (GAP)

Einen enormen zusätzlichen bürokratischen Aufwand aufseiten der Einrichtungen bedeutete – neben Fragen der Besuchsregelungen, des Testens oder der Refinanzierung der Mehraufwendungen – die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und deren Auslaufen. Die Impfpflicht hat viele Mitarbeitenden sehr belastet und die personelle Situation verschärft, da sich ungeimpfte Beschäftigte in anderen Branchen Arbeit suchten und neue ungeimpfte Kräfte nicht mehr eingestellt werden durften. Die Diakonie Hessen kritisierte in der Öffentlichkeit scharf die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, da die Verantwortung eines Impfschutzes allein auf Pflegeeinrichtungen und ihre Mitarbeitenden konzentriert wurde und eine gesamtgesellschaftliche Vereinbarung dazu ausblieb.

Preissteigerungen in der Pflege und ein weiter zunehmender Fachkräftemangel bedrohen die Versorgung in der Pflege. Wohnbereiche können weniger Menschen aufnehmen, Pflegedienste führen lange Wartelisten. Gleichzeitig führen gestiegene Energie- und Lebenshaltungskosten zu einem zusätzlichen Kostendruck, der die Preise für Pflege in die Höhe steigen ließ. Als Diakonie Hessen setzen wir uns deswegen auf Bundes- und auf Landesebene für eine grundlegende Reform der Pflege ein, in der die Eigenanteile tatsächlich gedeckelt werden, Sektorengrenzen abgebaut und Menschen die Versorgung erhalten können, die sie auch benötigen. Hier wird es immer wichtiger, Menschen in ihrem sozialen Umfeld bzw. Quartier zu sehen und vernetzt zu arbeiten. Dazu sind wir im DEVAP-Vorstand vertreten.

Auch die Situation in der ambulanten Pflege verschärfte sich in 2022 durch eine zunehmende Beschleunigung der Gesetzgebung, mehr Bürokratie in der Verwaltung, zunehmender Kostendruck und Fachkräftemangel. Als Unterstützung hat die Diakonie Hessen, zusätzlich zu ihren regulären Beratungs- und Unterstützungsangeboten, zwei über das Fördergremium der EKHN geförderte Projekte in 2022 begonnen. Um (1) die ambulanten Pflegedienste bei ambulanten Entgeltverhandlungen für Leistungen der Häuslichen Krankenpflege zu unterstützen, wurde eine Projektstelle geschaffen, die den Weg für die Kostengrundkalkulation auch für Kollektivverhandlungen ebnet, durch die für die Vorbereitung der notwendigen Strukturen, Daten und Unterlagen und die Findung und Formierung möglicher Kollektive. Außerdem startete (2) ein Projekt zur Unterstützung der diakonischen Pflegedienste bei der Anbindung an die Telematikinfrastruktur.

Im Bereich der stationären Pflege liefen die Vorbereitungen für die Umsetzung von § 113c SGB XI. Dazu fanden Verhandlungen zu den ordnungs- und leistungsrechtlichen Rahmenbedingungen statt, welche noch nicht abgeschlossen sind und 2023 fortgeführt werden. Darüber hinaus setzte sich GAP auf der Landesebene und in Zusammenarbeit mit der Liga Hessen für attraktivere Ausbildungsbedingungen ein, um dem durch § 113c SGB XI generierte Mehrbedarf an Pflegehelferinnen zu begegnen.

Für die Mitgliedseinrichtungen führte GAP umfangreiche Informationsveranstaltungen, auch in Kooperation mit anderen Akteuren, z. B. der Liga Hessen, durch, um die Pflegeeinrichtungen bei den notwendigen Prozessen zu begleiten.

Zukunftsfähigkeit unserer Ev. Kindertagesstätten

Rund 13.973 Kinder besuchen die 222 evangelischen Kindertageseinrichtungen in der EKKW. Unsere Kitas sind für alle Religionen und Weltanschauungen der Familien offen. Sie sind wichtige Orte frühkindlicher und religiöser Bildung. In unseren Einrichtungen findet täglich vor allem für die Kinder Begegnung mit dem Evangelium statt. Kitas sind wichtige Kontaktflächen zu Kirchenmitgliedern wie auch zu interessierten „Nicht-Mitgliedern“. Sie sind Orte, an denen Gemeinde entsteht und die vielfältige Kooperationen pflegen oder auch ermöglichen. Aus diesem Grund ist es wichtig, Kitas als Kontaktflächen zu erhalten.

Trotz der gesellschaftlichen Bedeutung der Kitas und ihrem unschätzbaren Wert für die EKKW hat uns im letzten Jahr die Diskussion um eine Kostenreduzie-

rung auch im Bereich der Kindertageseinrichtungen intensiv beschäftigt. Einsparungen scheinen langfristig unumgänglich. In unterschiedlichen Arbeitsgruppen und Gesprächen wurden mögliche Kriterien und Strategien zur Einsparung für den Bereich der Kita-Finanzierung gesammelt, in den Austausch gebracht und priorisiert.

Evangelische Kitas sind kirchliche Orte! Kitas machen das Evangelium für viele Familien nahbar und erfahrbar, auch für solche, die mit Kirche bislang wenig Kontakt hatten. Die Bedeutung der Kindertageseinrichtungen muss immer wieder neu in den Blick gerückt werden. Deshalb werden auch weiterhin Anstrengungen unternommen, um bei zukünftigen Beratungen zu verdeutlichen, dass Kitas ihren Wert haben.

Landesprogramm zur Sprachförderung ersetzt Bundesprogramm „Sprach-Kitas“

Im Frühjahr 2022 wurde angekündigt, dass das bisher vom Bund finanzierte Programm „Sprach-Kitas“ über den 31.12.2022 hinaus nicht weiter fortgesetzt werden solle. Dies rief massive Kritik hervor, woraufhin eine enorme Protestwelle durch das Land ging, begleitet von einer erfolgreichen Petition im Bundestag. Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Bundesfamilienministerium, bis in den Dezember 2022 hinein, wurde den Bundesländern übergangsweise bis zum 30.06.2023 eine Weiterfinanzierung für die „Sprach-Kitas“ ermöglicht. Diese Rücknahme der ursprünglichen Entscheidung war mit viel Anstrengung verbunden. Nicht zuletzt dank der Unterstützung namhafter Politiker*innen und Vereinigungen konnte die Verlängerung des Programms um 6 Monate erreicht werden.

Mit dem Engagement in diesem Programm „Sprach-Kitas - Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ können wir auch weiterführend einen elementaren Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten.

Seit 01.07.23 wird das erfolgreiche Bundesprogramm vom Land Hessen weiter finanziert, was zunächst die Sicherung der Finanzierung für den Doppelhaushalt 2023/2024 bedeutet.

Gewaltschutzkonzept

Ausgelöst durch die Novellierung des Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) sind Trägerschaften von Kindertagesstätten aufgefordert, geeignete Maßnahmen zum Gewaltschutz in der Einrichtung zu bündeln, vorzuhalten sowie umzusetzen und dies in einem entsprechenden „Gewaltschutzkonzept“ darzulegen.

MITGLIEDER I

Die Vorlage eines solchen einrichtungsspezifischen Gewaltschutzkonzepts ist - ähnlich wie bereits die Prüfung der Einrichtungskonzeption - Voraussetzung für den Betrieb einer Kita. Sowohl hinsichtlich Erteilung einer Betriebserlaubnis wie auch für die regelmäßigen Prüfungen der Aufsichtsbehörde. In Hessen wurde die Frist zur Vorlage des Konzeptes auf den 31.08.2024 gelegt.

Die Abteilung hat an ausführlichen kita-spezifische Informationen, Materialien und Mustervorlagen gearbeitet, die bei der Erstellung des geforderten Schutzkonzeptes von Träger und Kitaleitungen genutzt werden können.

Die übergreifenden Themen Gewaltschutz und Kinderrechte haben das Referat und die Kindertagesstätten in den vergangenen Monaten sehr in Anspruch genommen. Es ist davon auszugehen, dass dies auch in der nächsten Zeit so bleiben wird.

Das gemeinsame Anliegen aller am Prozess Beteiligten ist es, jederzeit ein behütetes Aufwachsen der Kinder zu garantieren und für ein vor Übergriffen geschütztes Arbeitsumfeld Sorge zu tragen.

Fachkraftgewinnung, Fachkraftbindung und Pädagogische Qualität im Jahresprozess

Der Fachkräftemangel und die damit verbundenen Problematiken sind Themen, denen wir uns gestellt haben und auch weiterhin stellen müssen. Zu nennen sind insbesondere die unbesetzten Stellen in den Kitas, die daraus unvermeidbar folgende Reduzierung von Angeboten und Öffnungszeiten sowie die hohe Fluktuation von Fachkräften.

Unser Jahresprozess zur Aufarbeitung und Lösungsentwicklung hinsichtlich der oben genannten Themen bestand aus vier Elementen. Einer Auftaktveranstaltung, einem Fachtag für Kita-Leitungen mit der anschließenden Bildung einer AG zum Thema Fachkraftgewinnung und -bindung sowie einer Abschlussveranstaltung im Juni 2023.

Die vorliegenden Zahlen hinsichtlich des Fachkräftmangels in den Kitas sind nach wie vor besorgniserregend und die Diskussionen, wie man damit umgeht, sind grundlegend. Wir müssen uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass der Bedarf an Fachkräften zukünftig größer sein wird als das dafür zur Verfügung stehende Potential.

Während des Jahresprozesses haben wir im Dialog mit Fachleuten aus der Praxis einige Ansätze und Impulse gesammelt, wie wir dem Fachkräftmangel begegnen können. Auf lange Sicht müssen die wesentlichen Ansätze der Träger*innen in der Steigerung der äußeren Attraktivität liegen, um neue Mitarbeiter

zu gewinnen. Gleichzeitig wird die innere Qualität, mit der Fachkräfte dauerhaft gebunden werden, weiterhin an Bedeutung gewinnen.

Anerkennung und Zufriedenheit sind wichtige Entscheidungsgründe für einen Arbeitgeber und motivierte Fachkräfte die beste Werbung für unsere Kitas!

Unter dieser Prämisse haben wir für unsere Außenarbeit die Idee umgesetzt, eingängige Imagefilme zu produzieren, die aus positiven O-Tönen von Fachkräften zusammengesetzt sind. Unser Format bedient ausdrücklich nicht den üblichen/klassischen Imagefilm - viel eher handelt es sich um authentische Kurzfilme, die einen atmosphärischen Einblick vermitteln sollen. Ohne explizite Werbekosten zu verursachen, haben sie gleichzeitig den Vorteil, dass sie von Betrachtenden schnell rezipiert werden können.

Corona – Endlich Entspannung

Seit dem 23. November 2022 gibt es keine Verpflichtung mehr, sich aufgrund eines positiven SARS-CoV-2-Tests in Quarantäne zu begeben. Zunehmend kam der Alltag zurück.

Übergang der Abteilung zur EKKW

Am 1. Januar 2023 ist die „Abteilung Tageseinrichtungen für Kinder“ (Betriebsenteil) an die EKKW übergegangen und trägt jetzt den Titel:

„Referat Fachberatung Ev. Tageseinrichtungen für Kinder“.

MITGLIEDER II

Krisen als Herausforderung (ExAGd)

Unsere Gesellschaft ist durch multiple Krisen stark herausgefordert. Armutsbetroffene Menschen spüren die Folgen dieser Krisen deutlich stärker. In den unterschiedlichen Feldern der Abteilung Existenzsicherung, Armutspolitik und Gemeinwesenarbeit unterstützen wir

- die Leitungen und Mitarbeitenden in den Einrichtungen der Existenzsicherung und Gemeinwendiaikonie (z. B. in Fach-AGs und Netzwerken, durch Fachtage und Fachveranstaltungen, durch Weiterbildungen),
- besonders vulnerable Personengruppen (z. B. durch Nothilfen, niedrigschwellige Informationen wie Erklärvideos),
- und setzen uns gesamtgesellschaftlich für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt ein (z. B. durch Gespräche mit Politiker*innen, durch öffentliche und politische Kommunikation, durch Veranstaltungen und die Mitwirkung am Sozial-o-Maten der Diakonie Hessen).

Wichtig für den Erfolg unserer Tätigkeit war auch in 2023 die Zusammenarbeit mit externen Bündnispartner*innen, beispielsweise innerhalb der Liga-Hessen im Arbeitskreis „Grundsatz und Sozialpolitik“ sowie in den Fach- und Querschnitt-AGs Arbeitsmarktpolitik und Wohnen.

Die Einrichtungen in unseren Feldern sind dabei Seismografen der aktuellen Situation. Ihre Mitarbeitenden nehmen eine deutliche Herausforderung für vulnerable Gruppen, im Besonderen aber auch die soziale Gerechtigkeit im Allgemeinen wahr. Dem entgegenzuwirken, motiviert unser Handeln:

In der allgemeinen Sozial- und Lebensberatung gibt es eine ungebrochen hohe Nachfrage in fast allen Bereichen von Sozialleistungsbezug, angefangen vom grundsätzlichen Zugang bis hin zur Antragstellung und rechtlichen Widersprüchen. Immer häufiger geht es um das Thema Wohnen bzw. die Sorge vor Wohnungsverlust. Um Mitarbeitende für Gesetzesänderungen durch die Einführung des Bürgergeldes stark zu machen, wurden durch das Referat mehrere Weiterbildungsveranstaltungen organisiert.

In den hessischen Tafeln haben sich die Lebensmittelspenden deutlich reduziert (bis zu 30 Prozent) bei Verdoppelung der Kund*innenzahlen. Dies konnte nur durch hohe finanzielle staatliche Zuwendungen

und die Reduzierung der Ausgabe von Lebensmitteln kompensiert werden. Dabei erwiesen sich die Kontakte zum hessischen Sozialministerium und dem Umwelt- und Verbraucherschutzministerium als sehr konstruktiv. Konkret: Alle hessischen Tafeln erhielten anteilmäßig Zuwendungen in einer Gesamthöhe von 2,2 Mio Euro im Jahr 2022 als Soforthilfe von der Landesregierung. Als sehr positiv zeigt sich, dass bei den kirchlich-diakonischen Tafeln die Mittel aus der Energiepreispauschale für zusätzliche allgemeine Sozial- und Lebensberatung an den Tafelstandorten eingesetzt werden. Dadurch konnte eine alte Forderung, nämlich allgemeine Sozialberatung an den Tafel-Ausgabestellen zu etablieren, erst einmal realisiert werden.

In der Wohnungsnotfallhilfe wird zunehmend festgestellt, dass der Zugang zu Wohnraum zusätzlich durch Rassismus und Diskriminierung erschwert wird. Die Menschen warten zunehmend länger auf Wohnraum und unsere Einrichtungen geben alles, die Menschen bei der Suche zu unterstützen.

Insbesondere hatten die Nothilfen wieder einen hohen Stellenwert. #wärmespenden und die Hitzehilfe sorgten für öffentliche Aufmerksamkeit und bewahren wohnungslose Menschen davor, Schaden zu nehmen. Auch in diesem Jahr leisten wir wieder mit verschiedenen Projekten Soforthilfen. Außerdem wurden im Rahmen der sozialpolitischen Gespräche und infolge der Veröffentlichung eines Positionspapiers zahlreiche Gespräche mit Politiker*innen geführt, um immer wieder auf die Notwendigkeit entschiedenen Handelns aufmerksam zu machen.

Auch Mitarbeitende der Schuldnerberatungsstellen berichten über eine steigende bzw. anhaltend hohe Beratungsnachfrage, was teilweise zu langen Wartezeiten führt. Die finanziellen Folgen der Inflation trafen auch vermehrt erwerbstätige Menschen, die keinen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung nach § 16a SGB II bzw. § 11 SGB XII haben. Daher hat die Diakonie Hessen das sozialpolitische Ziel der Einführung eines allgemeinen Rechtsanspruchs auf Schuldnerberatung im SGB XII weiterverfolgt. Sozialpolitisch begleitete das Referat zudem die Umsetzung der Einführung des Energiehilfefonds des Landes Hessen und setzte sich erfolgreich für eine transparentere Verteilung der kommunalisierten Mittel für die Schuldnerberatung ein. Nachdem die Finanzierung gesichert war, wurde das erfolgreiche Projekt „Erklärvideos in der Schuldnerberatung“ zur niedrigschwelligen Information Betroffener fortgesetzt. Die Veröffentlichung der Videos erfolgte im Laufe des Jahres 2023.

MITGLIEDER II

Auch das Thema Ersatzfreiheitsstrafe und die Gesetzesänderung hierzu haben uns intensiv beschäftigt. Am Gesetzentwurf hatte der Rechtsausschuss des Bundestags noch zahlreiche Änderungen vorgenommen. Diese Verbesserungen sind auch durch intensiven Austausch zwischen unserem Referat der Straffälligenhilfe, dem Bundesverband der Diakonie Deutschland und dem Ministerium zustande gekommen.

Mit Blick auf die Landtagswahl im Oktober 2023 hatten wir im Referat Arbeitsmarktpolitik und Jugendberufshilfe zusammen mit den Liga Hessen-Partnern eine öffentlichkeitswirksame Kampagne „Mit Jugendberufshilfe zu mehr Chancengerechtigkeit“ initiiert, deren Höhepunkt eine Veranstaltung im Juni in der Berufshilfe Hephata in Schwalmstadt mit den arbeitsmarktpolitischen Sprecher*innen der demokratischen Parteien des hessischen Landtags war.

Auch im Referat Armutspolitik wurde die Landtagswahl vorbereitet, u. a. durch Beteiligung an sozialpolitischen Gesprächen im Landtag, Kampagnenarbeit innerhalb der Liga sowie eine öffentliche Veranstaltungsreihe zur sozialen Ungleichheit mit einer großen Abschlussveranstaltung in der Evangelischen Akademie Frankfurt „Armut ... und nun?!“, bei der die sozialpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen mit Vertreter*innen aus unterschiedlichen diakonischen Feldern ins Gespräch kamen.

Das Freiwilligen-Engagement unterliegt derzeit einem tiefgreifenden Wandel: Engagement in langfristigen und verbindlichen Strukturen ist rückläufig. Menschen engagieren sich lieber punktuell und kurzfristig. Die Gewinnung neuer Freiwilliger wird notwendig, gleichzeitig müssen Engagementfelder so entwickelt werden, dass sie den Lebenslagen und Motiven der Freiwilligen entsprechen. Dieser Transformationsprozess wurde seitens des Referats durch Fachveranstaltungen, Beratungen und Fachtage intensiv begleitet. In Rheinland-Pfalz gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit unseres Referats mit der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung der Staatskanzlei und im Liga-Querschnittsausschuss Ehrenamt.

Das Demokratie-Projekt „FIT in der Diakonie Hessen. Für Integration & Teilhabe!“ stellte sich auch 2023 den Herausforderungen, demokratischen Zusammenhalt zu stärken. Neben (digitalen) Veranstaltungen und Beratungsangeboten steht vor allem die Demokratie-Lots*innen-Ausbildung als Multiplikator*innen im Zentrum des Projekts. Sie tragen in unseren Einrichtungen dazu bei, demokratiegefährdenden Phänomenen angemessen zu begegnen und unsere diakonischen Werte zu stärken.

In der Abteilung ExAGd ist es zudem unser Ziel, nicht nur für, sondern auch gemeinsam mit Betroffenen aktiv zu werden. Mitarbeitende der Abteilung engagieren sich deshalb in der verbandsinternen „Wolke Partizipation“ und der Planung eines Partizipationsfachtags unter Federführung des Demokratie-Projektes. Mit dem DABEL-Projekt wurde zudem auch dieses Jahr das Partizipations-Projekt für das Arbeitsfeld der Wohnungsnotfallhilfe fortgeführt mit dem Ziel, die Mitbestimmungsmöglichkeiten von wohnungslosen Menschen zu verbessern. Die eigens im Projekt gegründete AG Partizipation mit Mitarbeitenden der Einrichtungen konnte sich erfolgreich als Herzstück des Projektes etablieren.

Die Unterstützung der vielfältigen Angebote der Begegnung in den Mehrgenerationenhäusern, Familienzentren und Quartierstreffpunkten durch das Referat Gemeinwesendiakonie stärkt zudem die aktive Mitgestaltung unseres demokratischen Gemeinwesens vor Ort. Für uns ist klar: Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten sind zentrale Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Weitere Herausforderungen (FIAM)

Geflüchtete aus der Ukraine

Der Beginn des Krieges in der Ukraine Ende Februar 2022 ging mit vielen neuen Herausforderungen auf mehreren Ebenen der Arbeit von FIAM einher. Beratungsstellen in den Mitgliedseinrichtungen hatten schlagartig mit völlig neuen gesetzlichen und praktischen Regelungen beim Umgang mit Geflüchteten zu tun. Täglich gab es Änderungen, neue Angebote, aber auch neue Gefahren für Geflüchtete aus der Ukraine. Die Fachberatung und sozialpolitische Begleitung der Beratungsstellen, die ein Schwerpunkt der Arbeit von FIAM ist, musste also schnell die täglich neuen Informationen verbreiten und weitere Fortbildungsangebote schaffen. Sehr komplex und aufwendig war die Beratung von nicht-ukrainischen Geflüchteten, die in der Ukraine ein Aufenthaltsrecht hatten. In Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen beteiligte sich FIAM an der Lobby-Arbeit auf landes- und bundespolitischer Ebene. Zudem fanden viele Gespräche mit Kirchenvertreter*innen statt, die zum Teil selbst eine Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine anboten und in der Folge vor vielen Fragen standen. Außerdem wurden für Geflüchtete aus der Ukraine Projektmittel frei. Die Verteilung der Mittel der Diakonie Katastrophenhilfe unter den Mitgliedseinrichtungen koordinierte die Abteilung FIAM. Aus diesen Mitteln wurde neben einem Fonds zur Unterstützung der Kirchengemeinden der EKKW, die ukrainische Geflüchtete unterstüt-

zen, auch eine Stelle zur Begleitung von ehrenamtlich Engagierten und Ehrenamtskoordinator*innen bei der Abteilung FIAM geschaffen. Dank dieser Stelle konnten Ehrenamtliche unbürokratisch Unterstützung bekommen bei Fragen nach Fördermitteln oder weiterführenden Angeboten für die Geflüchteten. Für die Ehrenamtskoordinator*innen wurden regelmäßige Austauschtreffen mit Input zu aktuellen Fragestellungen organisiert und ein Coachingangebot geschaffen. Weiterhin konnten Schulungen für die Ehrenamtlichen und Ehrenamtskoordinator*innen für 2023 geplant werden.

Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten

Das Jahr 2022 hat Deutschland bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten vor große Herausforderungen gestellt. Anlässlich der Brandbriefe aus einigen Kommunen und der darauf folgenden aufgeheizten öffentlichen Debatte hat die Abteilung FIAM mit Leserbriefen, Hintergrundinfos und auf diversen Veranstaltungen für eine Versachlichung der Diskussion geworben. Dabei haben wir deutlich gemacht, dass die Schwierigkeiten bei der Aufnahme und Unterbringung nicht nur eine Folge der hohen Zahl von Geflüchteten sind, sondern vor allem Ausdruck der strukturellen Defizite in der sozialen Infrastruktur (Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Kita-Plätzen, Deutschlehrern, Sozialarbeitern etc.), die nicht nur geflüchtete, sondern alle hier lebenden Menschen betreffen. Die immer wieder geforderten konsequenteren Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern würden hingegen kaum für Entlastung der Kommunen sorgen; verstärkte Abschottung würde noch mehr Tote an den europäischen Außengrenzen fordern und gleichzeitig unsere rechtsstaatlichen und humanitären Grundsätze in Frage stellen. Um den Herausforderungen mit stark schwankenden Flüchtlingszahlen kurz- und mittelfristig besser gerecht werden zu können, müssen Kommunen Aufnahmekapazitäten vorhalten, Lasten zwischen Bund, Ländern und Kommunen besser verteilt und die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Geflüchteten gelockert werden. Langfristig können nur zusätzliche Investitionen in unsere soziale Infrastruktur (insbesondere den sozialen Wohnungsbau) Kommunen entlasten und den sozialen Frieden wahren. Mehr dazu in unserem FIAM Info unter: [23-03-27 FIAM-Info offengeht Unterbringung final](#) (ekhn.de)

Neue Gesetzgebung und Themen als Herausforderung in der Flüchtlings- und Migrationsberatung

Im Herbst 2022 wurde angekündigt, dass das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan nun starten soll.

Beratungsstellen von Wohlfahrtsverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen nehmen hier eine besondere Rolle ein. Da der UNHCR, der normalerweise die Auswahl für Aufnahmeprogramme trifft, selbst nicht vor Ort ist, sollen fachkundige Beratungsstellen in Deutschland über eine Online-Plattform gefährdete Afghan*innen melden, die für das Aufnahmeprogramm in Frage kommen. Die Eingabe eines Falles in die Plattform ist extrem aufwendig und es wurden keine zusätzlichen Gelder für die ohnehin schon überlasteten Beratungsstellen zur Verfügung gestellt. Für die Abteilung FIAM bedeutete dies, dass ein weiteres Aufgabengebiet in der Fachberatung und -begleitung von Beratungsstellen dazu kam. Dasselbe gilt für das Landesaufnahmeprogramm, das im Jahr 2022 angekündigt wurde und im Sommer 2023 an den Start ging und nach einer wiederum anderen Logik funktioniert. Ein weiteres großes neues Thema war im Jahr 2022 außerdem die Einführung des Chancen-Aufenthaltsrechts für langjährig Geduldete. Diese neue und weitreichende rechtliche Regelung bedurfte ebenfalls einer Einordnung in Rundmails für die Beratungsstellen sowie verschiedener Fortbildungsangebote.

Sozialraumorientierung

Um Integrationsprozesse vor Ort gemeinsam mit Betroffenen zu gestalten und für eine bessere Verzahnung von bereits bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangeboten mit dem Sozialraum ist die weitere Entwicklung der Gemeinwesenarbeit ein vorrangiges Anliegen. Die Abteilung FIAM bringt nach entsprechenden Bedarfsmeldungen aus den Beratungsstellen einen AMIF-Antrag zur Schaffung von Stellen für die sozialräumliche Arbeit gemeinsam mit der RDHN und 16 Partner*innen in den Regionen auf den Weg. An diesem Sammelantrag beteiligen sich sowohl rDWs aus dem Gebiet der EKHN und der EKKW als auch Dekanate und der evangelische Regionalverband Frankfurt Offenbach.

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer – ein unverzichtbarer Fachdienst der Diakonie

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), die größtenteils vom Bundesministerium des Innern (BMI) finanziert wird, ist im Jahr 2005 eingeführt worden. 32 mehrsprachige MBE-Berater*innen, beraten und begleiten an 25 Standorten im Einzugsgebiet der Diakonie Hessen Migrant*innen ab dem 28. Lebensjahr mit einem sicheren Aufenthaltsstatus bei ihrem individuellen und gesellschaftlichen Integrationsprozess. Seit 2016 berät die MBE auch Geflüchtete mit einer sogenannten Bleibeperspektive.

MITGLIEDER II

Die Aufgaben der MBE-Berater*innen sind sehr komplex und vielfältig. Sie vermitteln Ratsuchende an Integrations- und Sprachkurse, beraten in aufenthaltsrechtlichen Fragen, informieren über Möglichkeiten einer Wohnungssuche, begleiten bei der Arbeitssuche und der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, die im Ausland erworben worden sind, klären über Kranken- und Sozialversicherungsfragen auf und unterstützen bei einer Kita- oder Schulplatzsuche. Darüber hinaus sind die MBE-Berater*innen mit wichtigen Akteuren vor Ort gut vernetzt und tragen dadurch wesentlich zur Stärkung des Gemeinwesens bei.

Im Jahr 2022 wurde das MBE-Budget u. a. wegen der Geflüchteten aus der Ukraine von 71 Mio. auf 79,2 Mio. Euro aufgestockt. Ab 2023 war eine Kürzung der MBE-Bundesmittel auf 57,4 Mio. Euro vorgesehen, obwohl die Bedarfe nach Beratung stetig steigen. Eine solche Mittelkürzung hätte einen drastischen Abbau der dringend notwendigen Beratungskapazitäten zur Folge, wenn nicht alle Verbände mit vereinten Kräften sich für eine erfolgreiche Lobbyarbeit eingesetzt hätten. So auch die Diakonie Hessen.

Hier zwei Beispiele:

Der Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen Carsten Tag hat in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. sowohl den Hessischen Staatsminister Kai Klose in seiner Funktion als Vorsitzender der Integrationsministerkonferenz, als auch alle Mitglieder des Deutschen Bundestages aus Hessen am 12.09.2022 angeschrieben und sie gebeten, im politischen Raum Einfluss zu nehmen, um die Mittelkürzungen abzuwenden. Die MBE-Berater*innen der Diakonie Hessen haben sich bei einer Postkartenaktion des Landesverbandes beteiligt und Unterschriften gegen die Kürzungen von Ratsuchenden gesammelt, die gebündelt an den Haushaltsausschuss des Bundes geschickt werden sollten. Letztendlich kam es nicht dazu, da der Haushaltsausschuss, früher als geplant, bei seinen Beratungen des Etats des BMI am 28.09.2022 beschlossen hat, nicht nur die Kürzungen für die MBE zurückzunehmen, sondern das Budget für 2023 auf 81,5 Mio. Euro zu erhöhen.

Zur Freude aller haben die Aktivitäten auf Bundes-, Landes- und örtlicher Ebene Früchte getragen.

Diakonie in der Region - Hessen und Nassau

Die Stelle der Referentin für Diakonie in der Region Hessen und Nassau wurde ab April 2023 mit Diplom-Pädagogin Kathrin Ehrmann (49) neu besetzt.

Die Stelleninhaberin realisiert auf dem Gebiet der EKHN den in § 12 der Satzung der Diakonie Hessen beschriebenen Auftrag, die Zusammenarbeit von Diakonie und Kirche in der Region zu unterstützen und zu fördern. Dabei dient diese Zusammenarbeit nicht nur der „Stärkung diakonischer Kräfte im Bereich beider Kirchen“ und der „Förderung der diakonischen Arbeit der Träger“ (Präambel der Satzung der Diakonie Hessen), sondern ist zugleich mit einem politischen Gestaltungsanspruch verbunden. Die Satzung der Diakonie Hessen expliziert diesen Anspruch, indem sie als weitere Aufgabe der regionalen Arbeitsgemeinschaften bestimmt, dass diese „gemeinsame Interessen gegenüber der kommunalen Seite und in der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege auf Kreisebene zu vertreten und in die Sozialplanungen des Stadt- oder Landkreises einzubringen“ haben (vgl. § 12).

Dies impliziert die Mitwirkung bei der Neugründung sowie Begleitung bestehender Regionaler Arbeitsgemeinschaften, das Anstoßen von Prozessen, deren Begleitung und Steuerung, die Kommunikation der regionalen Themen mit dem Landesverband und den Kirchen und die Kommunikation und Abstimmung relevanter Themen und Entwicklungen mit den jeweils fachlich für die Diakonie gesamtkirchlich Verantwortlichen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.

Aber auch die Entwicklung und Gestaltung von weiteren Austausch-, Vernetzungs- und ggf. Kooperationsformaten kirchlicher und diakonischer Akteure in der Region mit Vertreter*innen von Politik und Gesellschaft und die Erarbeitung weiterer Verbesserungen der verbandlichen Arbeit für die Region sind Aufgaben der Stelleninhaberin.

Die Einarbeitungsphase war zunächst geprägt vom Kennenlernen verbandsinterner und kirchlicher Strukturen, der Kolleginnen und Kollegen, ersten Kontakten zu Mitgliedervertreter*innen und Kirchenvertreter*innen in der Region sowie der Teilnahme an ersten Sitzungen bereits bestehender Arbeitsgemeinschaften und Regionalkonferenzen.

Kathrin Ehrmann arbeitet in engem Austausch mit Thomas Klämt Bender, dem Referenten für Diakonie in der Region Kurhessen-Waldeck. Die in Kurhessen-Waldeck bereits bestehenden Arbeitsgemeinschaften

Diakonischer Dienste (AGDD) dienen hier als Muster, um auch in Hessen und Nassau Regionale Arbeitsgemeinschaften vor Ort zu schaffen, durch die Kirche und Diakonie vor Ort noch enger zusammenarbeiten.

Diakonie in der Region – Kurhessen-Waldeck

Arbeitsgemeinschaften Diakonische Dienste (AGDD gem. § 12)

Die Tragfähigkeit von Netzwerken zeigt sich vor allem in krisenhaften Phasen, wie wir sie verstärkt seit 2020 erleben. Die regionalen Arbeitsgemeinschaften von Kirche und Diakonie sind solche diakonischen Netzwerke, in denen ein offener Austausch unter Führungskräften möglich ist. Dazu zählen auch die kritische Begleitung der Kommunalpolitik, die Bearbeitung von Querschnittsthemen und die Diskussion und Bündelung von Anliegen gegenüber dem Landesverband. Die Folgen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine haben die Austauschintensität wahrnehmbar verstärkt, sodass die meisten Regionen ihre Zusammenarbeit in einer Mischung aus digitalen und analogen Sitzungen verstärkt haben.

Dementsprechend lagen die Gesprächsthemen vielfach in den Auswirkungen und möglichen Bewältigungsansätzen. Signifikant waren Erschöpfungsercheinungen, hohe Krankheitsquoten und Fluktuation unter den Mitarbeitenden, die auf eine generelle Mangelsituation treffen. Schon jetzt zeigen sich in den Bereichen Pflege und Jugendhilfe daher Lücken in der Versorgung von Klient*innen. Dazu wurden vielfach wirtschaftliche Unsicherheiten (Energiekosten) und kritische Jahresergebnisse beschrieben.

Die Mitgliederversammlungen widmen sich weiterführenden Themen wie der Digitalisierung von betrieb-internen Prozessen oder der Nachhaltigkeit als Teil der Organisationsentwicklung. Im Bereich Personal waren es Optimierungsansätze in den Bereichen Personal-Recruiting oder Onboarding von neuen Mitarbeitenden.

Regionale Diakonische Werke (RDW)

Auf zwei gravierende Entwicklungen mussten die RDW kurzfristig reagieren. Zum einen suchten zahlreiche Familien mit Kindern aus der Ukraine Schutz in ihrem Einzugsbereich und benötigten kurzfristig existenzielle, zum Teil auch psychologische Hilfen. Zum anderen belastete der dortige Krieg die globalen Handelsbeziehungen, sodass die Inflation ungewohnt stark anstieg.

Der extreme Preisanstieg in den haushaltsrelevanten

Kosten traf vor allem Transferleistungsbeziehende, aber auch Erwerbstätige mit geringem Einkommen besonders empfindlich. In dessen Folge stieg die Nachfrage in der Kirchlichen Sozial- und Lebensberatung (KASL), aber auch in der Familienberatung deutlich an. In den Schuldenberatungen werden die Auswirkungen zeitverzögert erwartet. Zu der wirtschaftlichen Belastung der Betroffenen kommt die hohe sozialrechtliche Komplexität der jeweiligen Lebenslagen und der möglichen Förderleistungen (Bürger-, Wohngeld, Kinderzuschlag, Härtefallfonds). Die Bundesregierung hatte zum Jahreswechsel zwar einzelne Hilfen reformiert und zum Teil deutlich erhöht. Der Antragsaufwand und die Abgrenzungen voneinander bleiben jedoch aufwendig.

Desgleichen ist seit geraumer Zeit in den Tafeln eine deutliche Zunahme der Nachfrage zu beobachten, zumal viele Kriegsflüchtlinge zusätzlich kommen. Dramatisch ist, dass der deutliche Anstieg der Nachfrage nicht gedeckt werden kann, weil seit geraumer Zeit die Lebensmittelspenden zurückgehen.

In den o. g. Herausforderungen war es ausdrücklich hilfreich, dass die Evangelische Kirche von Kurhessen Waldeck kurzfristig erhebliche Mittel zum Ausbau der professionellen Hilfen für Ukraine-Geflüchtete (z. B. Migrations- und Flüchtlingsberatung) in den RDW zur Verfügung stellte (ca. 1 Mio. Euro). Mit Blick auf die Gefährdung durch explodierende Energiekosten und Versorgungsengpässe entwickelten die RDW unter dem Stichwort „Wärmewinter“ zahlreiche kreative Aktivitäten zur Unterstützung besonders betroffener Menschen. Oftmals wurden diese Initiativen gemeinsam mit Kirchengemeinden gestaltet.

[#wärmewinter \(diakonie-hessen.de\)](https://www.diakonie-hessen.de/#wärmewinter)

Vor allem durch die Weiterleitung der Kirchensteuerermehreinnahmen aus der Energiepreispauschale (EKKW: ca. 1,5 Mio. Euro) wurden diese Aktivitäten möglich. Trotz leichter Entspannung der Lage spricht jedoch vieles dafür, dass auch im kommenden Herbst/Winter die Projekte der Aktion Wärmewinter benötigt werden.

LIGA Thüringen

Mit Sorge werden die schwierigen Mehrheitsverhältnisse in der Landesregierung und das „aufgeheizte“ Klima im Freistaat Thüringen beobachtet. Vor allem, weil im kommenden Jahr Landtagswahlen anstehen. Während das Land von einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung geführt wird, liegt die vom Landesverfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestufte AfD in Meinungsumfragen aktuell bei deutlich über 30 Prozent. Daher gilt es als LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Interesse der Klient*innen und des gesell-

MITGLIEDER II

schaftlichen Zusammenhaltes klug zu argumentieren. Eine andere Sonderentwicklung zeigt sich im Bereich der Kindertagesstätten. Da die Geburtenzahlen in Thüringen signifikant rückläufig sind, ist davon auszugehen, dass die traditionell auf hohem Versorgungsniveau aufgestellten Kinderbetreuungsangebote abgebaut werden. Dadurch könnten zukünftig pädagogische Fachkräfte für andere Bereiche der Sozialwirtschaft zur Verfügung stehen.

Diakonische Kultur

Das Referat Diakonische Kultur zeigt auf, was Diakonie ausmacht: ihre Geschichte, ihre Identität und ihr Profil. Es trägt zur theologischen und ethischen Profilierung der Diakonie durch Fortbildungen, In-house-Veranstaltungen und Fachtagen bei. Dabei zielt sie auf die Entwicklung diakonischer Kompetenzen: bei (neuen) Mitarbeitenden sowie Fach- und Führungskräften. Seit dem 1.6.2022 ist Pfarrerin Dr. Angela Rascher (EKHN) in der Diakonie Hessen tätig. Sie hat zwei thematische Schwerpunkte: Diakonische Kultur und Hospizarbeit. Beheimatet ist sie mit der Hospizarbeit in der Abteilung Gesundheit Alter Pflege, nach verschiedenen strukturellen Umstellungen ist der Arbeitsbereich Diakonische Kultur seit Sommer 2023 direkt beim Vorstand angesiedelt.

Ein erstes Projekt war die inhaltliche Gestaltung der Arbeitshilfe zum Diakoniesonntag, die im Juli 2022 zum Thema „Miteinander“ erschienen ist. Die Arbeitshilfe 2023 steht unter dem Thema „Angesehen“.

Neben der Gestaltung verschiedener Andachten und der Mitgestaltung des Weihnachtsheftes wurden zwei Fortbildungsmodule gemeinsam mit der Personalentwicklung konzipiert: „Willkommen in der Diakonie“ als Willkommenstag für neue Mitarbeitende in der Landesgeschäftsstelle und „Diakonische Kultur“ als Teil der „Führungsbalance“.

Das Thema „Assistierter Suizid“ wurde zu einem weiteren Schwerpunkt. Angela Rascher nahm an der Weiterbildung zur Ethikberaterin im Gesundheitswesen (zertifiziert durch die Akademie für Ethik in der Medizin) teil, war im Kontakt mit verschiedenen Einrichtungen und vernetzte sich auf Bundes- und Landesebene, um so in medizinethischen Themen sprachfähiger zu sein und die Mitgliedseinrichtungen zu beraten bzw. bei der eigenen Positionierung zu unterstützen. Im März 2023 fand der Fachtag der Diakonie Hessen zum Thema „Recht auf Leben bis zuletzt?! – Umgang mit dem Recht auf Assistierten Suizid“ statt, an dem 100 Personen aus verschiedenen Mitgliedseinrichtungen teilnahmen.

Seit Frühjahr 2023 gehört auch die Geschäftsführung der Fach-AG Theologie zum Aufgabenfeld der Diakonischen Kultur.

Unterstützung der Mitglieder in Krisenzeiten

Die erste Hälfte des Jahres 2022 stand auch in der Kommunikation ganz im Zeichen der Corona-Pandemie und der sich anbahnenden Energiekrise. Der Bereich Kommunikation war sowohl in dem vom Landesverband eingesetzten „Pandemiestab“ als auch im „Koordinierungsstab Energie“ beratend vertreten. Bereits zu Beginn der Pandemie wurden für die Mitgliedseinrichtungen Strategien zur Krisenkommunikation erarbeitet und veröffentlicht, die im Sinne einer kontinuierlichen und agilen Krisenkommunikation mit Beginn der Energieverknappung durch den Ukrainekrieg angepasst und bereitgestellt wurden.

Einsatz neuer Medien durch die Pandemie

Insbesondere durch die Corona-Pandemie hat sich die Arbeitswelt grundlegend geändert. Für den Kommunikationsbereich wird dies besonders an neuen digitalen und hybriden Veranstaltungsformaten sichtbar, die sich mittlerweile etabliert haben, jedoch während der Pandemie oftmals noch mit neuen Herausforderungen verbunden waren. Die Mitgliederversammlung der Diakonie Hessen konnte 2022 - inklusive der Wahlen eines neuen Aufsichtsrates – erfolgreich als hybrides Format umgesetzt werden. Mit der reibungslosen Umsetzung wurden neue Maßstäbe gesetzt, sodass auch künftige Mitgliederversammlungen von digitaler Technik und innovativen Lösungen im Bereich des Veranstaltungsmanagements profitieren können. Ganz neu war auch der Einsatz digitaler Grußworte, die aufgrund der Beschränkungen angefordert wurden. Diese wurden in Eigenregie durch die Abteilung hergestellt.

Digitale Medien auf dem Vormarsch

Im Bereich digitaler Medien hat sich der Landesverband auf den Weg gemacht und baut seine Aktivitäten kontinuierlich aus. Die Webseite wird regelmäßig aktualisiert und gibt einen guten Überblick über Neuigkeiten aus dem Verband, aktuelle Termine und bietet als Neuerung auch einen Pressespiegel an. Im Bereich der sozialen Medien werden Facebook, Instagram, X (ehemals Twitter) und Youtube bespielt und erfreuen sich einer wachsenden, aktiven Community. Zum Jahresende 2022 beginnen die Vorbereitungen für die Pilotphase der Kollaborationssoftware „easy“, die künftig für die Mitgliederkommunikation eingesetzt werden soll. 2023 erscheint der Newsletter der Diakonie Hessen nach langer Zeit wieder und dazu in neuer Form. Das Angebot enthält aktuelle Informationen aus dem Verband, zum Beispiel zu sozialpolitischen Themen, Verbandsaktivitäten und -angebote,

KOMMUNIKATION

Medienberichte, Neuigkeiten und Gesichter aus dem Netzwerk der Diakonie. Der Newsletter kann über die Webseite der Diakonie Hessen abonniert werden.

Reaktivierung des KomiD-Netzwerkes

Mit dem Beginn von Britta Heinemann als Leiterin der Kommunikation im Herbst 2022 rückt die Vernetzung mit und unter den Mitgliedern im Kommunikationsbereich wieder in den Mittelpunkt. Das Netzwerk „Kommunikation in der Diakonie“ (KomiD) hat im Landesverband eine lange Tradition, hatte jedoch zuletzt, auch aufgrund der Pandemie, geruht. Das Netzwerk spricht Kolleg*innen aus den Mitgliedseinrichtungen an, die im Bereich Kommunikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig sind. Im Fokus stehen der Informationsfluss aus dem Landesverband sowie der Austausch und die persönliche Vernetzung untereinander. Im Mai 2023 findet das erste Netzwerktreffen in Präsenz nach der Pause statt. Interessierte können sich über die Kontaktadresse komid@diakonie-hessen.de in den Verteiler aufnehmen lassen, über den regelmäßig über Neuigkeiten aus dem Bereich Kommunikation vom Bundes- und vom Landesverband informiert wird.

Wärmespenden

Die erfolgreiche Kampagne „Wärmespenden“ wurde in Kooperation mit dem Fundraising erneut erfolgreich umgesetzt und zahlt positiv auf das Image der Diakonie ein. So konnte Ende März 2022 in einem Erfahrungsaustausch mit dem Sozialmediziner Gerhard Trabert und der Botschafterin Nia Künzer zum Saisonabschluss das Spendenergebnis von 140.000 Euro verkündet werden. Diese Veranstaltung konnte im Livestream über unsere Homepage verfolgt werden, auch dies eine Neuerung im Bereich der Veranstaltungs- und öffentlichkeitswirksamen Angebote.

Sozial-O-Mat zur Landtagswahl in Hessen

Zur Landtagswahl am 8. Oktober 2023 bringt die Diakonie Hessen einen Sozial-O-Mat an den Start. Das niedrigschwellige Angebot nach dem Prinzip des Wahl-O-Mat fokussiert sich auf sozialpolitische Themen. Es richtet sich an alle Wahlberechtigten und Interessierte. Mit dem Tool können spielerisch die eigenen Positionen mit den Standpunkten aller zur Wahl antretenden Parteien abgeglichen werden. Zusätzlich enthält der Sozial-O-Mat Praxisbeispiele aus dem Alltag, die die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf das Leben von Menschen deutlich machen. Das Angebot soll Menschen motivieren, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, darü-

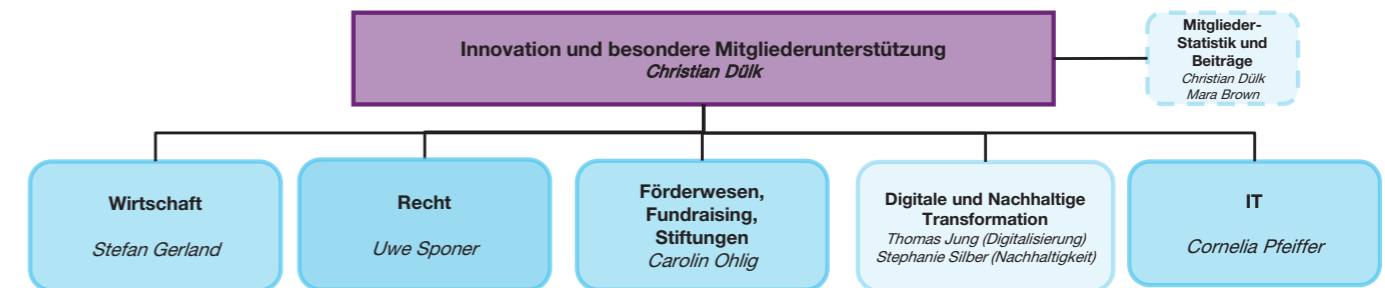
KOMMUNIKATION

ber zum Beispiel im Familien- und Freundeskreis zu diskutieren und letztlich zur Wahl zu gehen und damit im Sinne der Demokratie Einfluss zu nehmen. Begleitet wird die Aktion durch die Social Media Kampagne „Wähle eine gerechtere Welt – Du hast es in der Hand“. Die Kampagne arbeitet mit KI-generierten Bildern, die eine perfekte und gerechte Welt zeigen. Um dann in der Auflösung deutlich zu machen: Gerade sieht es leider anders aus. Ein Ziel der Kampagne ist die Erhöhung der Sichtbarkeit von Diakonie in der Öffentlichkeit und damit die Stärkung der Marke „Diakonie“.

Kampagnen-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Wärmespenden und der Sozial-O-Mat sind Beispiele für umfangreiche, von der Diakonie Hessen selbst initiierte Kampagnen. Der von der EKD und der Diakonie Deutschland ausgerufene #Wärmewinter wurde vom Landesverband in den sozialen Medien und im Rahmen der Pressearbeit mit den beiden Landeskirchen EKHN und EKKW aufgegriffen. Auch die Kampagne #ausLiebe anlässlich des 175-jährigen Jubiläums der Diakonie soll im Zuge der Kampagnenaktivitäten gestärkt und in die Kommunikation integriert werden. Für die Stärkung der Marke Diakonie und die Präsentation in der Öffentlichkeit wird die Publikation einer Imagebroschüre im Jahr 2023 vorbereitet. Außerdem geplant wurde die Teilnahme am Hessentag im Juni in Pfungstadt, die – in guter Tradition – in Kooperation mit den Landeskirchen EKHN und EKKW organisiert wird. Mit dem Format „Diakonie on tour“ – im Sinne einer erweiterten Sommertour – werden Besuche des Vorstandsvorsitzenden in Mitgliedseinrichtungen über das Jahr verteilt und die Frequenz erhöht. Je nach Einrichtungen und Anlass werden Politik und/oder Medienvertreter dazu eingeladen, sich ebenfalls ein Bild der Arbeit in den Einrichtungen vor Ort zu machen und mit Mitarbeitenden und Klient*innen ins Gespräch zu kommen.

INNOVATION UND BESONDERE MITGLIEDERUNTERSTÜTZUNG



Zum Bereich Innovation und besondere Mitgliederunterstützung gehören über 30 Kolleginnen und Kollegen in der Diakonie Hessen, die unsere Mitglieder in vielen branchen- und leistungsgebietsübergreifenden Themen beratend zur Seite stehen. Neben unseren klassischen Beratungsfeldern und Abteilungen Recht, Wirtschaft und Förderwesen/Fundraising/Stiftungen haben wir im Jahr 2022 mithilfe des Förderfonds der Diakonie Hessen auch das Referat „Digitale und Nachhaltige Transformation“ im Verband geschaffen. Neben der Mitgliederberatung ist auch mit Blick auf die Digitalisierung unsere eigene IT-Abteilung im Bereich integriert.

Abteilung Wirtschaft

In der Abteilung Wirtschaft konnten sich im letzten Jahr die neuen Mitarbeiter*innen bereits gut in ihr jeweiliges Arbeitsfeld einfinden und bereichern nun mit ihrem Engagement und neuen Impulsen die Arbeit. Im Bereich der sozialpolitischen Interessenvertretung und Entgeltberatung wurde die vakante Stelle von Florian Broschart mit Dominik Rödiger neu besetzt. Für das Verbandliche Risikomanagement konnte mit Tatiana Gorodinskiy eine erfahrene Risikomanagement-Referentin als Nachfolge für Christian Dülk gewonnen werden. Für die EKHN arbeiten weiterhin Rüdiger Hein und Susanne Kirsch im Controlling der kirchlichen Diakoniestationen in diesem Kirchengebiet. Frau Kirsch, die zudem insbesondere in der Abrechnung des Fördergremiums tätig ist, ist aus organisatorischen Gründen mit diesem Stellenanteil in den Bereich Gesundheit, Alter und Pflege gewechselt.

Die zunehmend schwierigen Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit stellen uns vor neue Herausforderungen

Die Coronakrise mag zwar überwunden sein, aber an den Mitarbeiter*innen in unseren Einrichtungen und Diensten ist diese nicht spurlos vorbeigegangen. Nach

wie vor hohe Krankenstände zeigen, wie belastend die Zeit war. Die notwendige Entlastung der Mitarbeitenden scheidet aber zunehmend daran, dass vakante Stellen aufgrund des demografischen Wandels und dem damit verbundenen Fachkräftemangel nicht mehr zeitnah besetzt werden können. Dies zeigen auch eindrücklich die Zahlen aus unserem Risikomanagement: Bei 40 Prozent der Träger in der stationären Altenhilfe erfolgte eine Wiederbesetzung von offenen Fachkraftstellen in 2021 erst nach sechs Monaten!

Der schreckliche Krieg in der Ukraine führte zudem zu massiven Energiekostensteigerungen, die wir auch in einer Erhebung bei unseren Mitgliedern eindrücklich nachweisen konnten und in die politischen Gespräche auf Bundes- und Landesebene einbrachten. Die Kostensteigerungen bei betroffenen Einrichtungen und Diensten beim Gas und Strom beliefen sich auf bis zu 1000 Prozent, das entspricht dem Zehnfachen der bestehenden Kosten. Die Strom- und Gaspreispbremse hilft da nur wenig, denn selbst unter deren Berücksichtigung verbleiben Kostensteigerungen von 300 bis 400 Prozent (also das 3- bis 4-fache).

Im Bereich der Pflege wurde zwar vonseiten des Bundes ein Fonds aufgelegt, der diese Kostensteigerungen abfedern soll, doch durch die hohen bürokratischen Hürden kommt die Hilfe nicht zeitnah an. Unter anderem auch deshalb geraten Pflegeeinrichtungen schnell in Liquiditätsengpässe, was anhand der zahlreichen Insolvenzen insbesondere aktuell im privatgewerblichen Bereich ersichtlich wird.

In den anderen Leistungsbereichen ist es unterschiedlich gut gelungen diese Steigerungen in den Entgelten abzubilden, da dies dort häufig nur angemessen in Einzelverhandlungen gelingt. Die Unterstützungsleistungen des Landes sind an dieser Stelle überschaubar, obwohl wir auch hier eindringlich und immer wieder auf die Probleme der kommunal oder

INNOVATION UND BESONDERE MITGLIEDERUNTERSTÜTZUNG

landesfinanzierten Leistungen hingewiesen haben.

Die Energiepreisentwicklung sorgte auch insgesamt für einen deutlichen Anstieg der Inflation auf über 8 Prozent, sodass es wenig verwunderlich war, dass Verdi die Tarifrunde Ende 2022 mit einer Forderung mit über 10 Prozent eröffnete. Substanziell ist der Tarifabschluss in diesem Jahr bzw. nächsten Jahr in dieser Höhe, wenngleich man sich durch eine steuerfreie Einmalzahlung im Jahr 2023 noch ein wenig Zeit erkaufte. Erfreulicherweise ist es uns aber in den leistungsfinanzierten Bereichen gelungen, diese massiven Personal- und Sachkostensteigerungen in den Tarifen zur Fortschreibung der Vergütungen abzubilden. Die Personalkostensteigerungen im Bereich der Diakonie, die erst jüngst durch die ARK beschlossen wurden, sind damit abgedeckt. Dieses „Tarifgeschäft“ ersetzt unzählige Einzelverhandlungen vor Ort und so entsteht Spielraum, sich dort auf unsere eigentliche Arbeit der Betreuung und Unterstützung von Menschen konzentrieren zu können.

Abteilung Recht

Im Berichtszeitraum war die Arbeit der Rechtsabteilung glücklicherweise nicht mehr so sehr von den besonderen Herausforderungen der Corona-Pandemie geprägt wie davor. Neben dem „Tagesgeschäft“ – der Beratung und Informationen zu neuen gesetzlichen Regelungen und Vorgaben – ergaben sich für die Rechtsabteilung folgende Schwerpunkte:

Die Arbeit der ARK Hessen wurde wiederum intensiv durch die zuständigen Juristinnen und Sekretariatskräfte des Verbands begleitet. Leider konnten in diesem Bereich nur kleinere Anpassungen der Tarifregelungen für HN und KW sowie bei den Sonderregelungen-Ost erzielt werden. Zu nennen sind aber insbesondere die Einführung der 39-Stundenwoche für HN und die Mitglieder in Thüringen sowie die Aufnahme von Betreuungs- bzw. Erziehungsdienstzulagen sowie eines Vertretungszuschlags. Hinzu kamen neue Eingruppierungsregelungen für Lehrkräfte in KW. Erst jüngst folgten sodann die vorgezogenen Entgeltvereinbarungen für 2024/2025 mit Einbindung der Inflationsausgleichsprämie. Trotz erheblichen Aufwandes war es hingegen (noch) nicht möglich, einen einheitlichen Spartentarif Pflege zu realisieren. Nach wie vor zu unterschiedlich sind die Interessenlagen der betroffenen Mitglieder, basierend auf Arbeitskräftemangel und der Sorge um die eigene Wettbewerbsfähigkeit.

Zur Unterstützung unserer Mitglieder auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes wurden überdies verschiedene

Schulungen, wie z.B. im Mitarbeitervertretungsrecht, angeboten.

Die Zahl der neuen Verfahren vor dem Kirchengericht – also in Konfliktsituationen zwischen Mitarbeitervertretungen und Einrichtungsleitungen – belief sich von August 2022 bis August 2023 auf 8 und bewegte sich damit im üblichen Rahmen. Stark zugenommen haben in diesem Zeitraum jedoch die Verfahren vor der Schlichtungsstelle, und zwar von durchschnittlich 15 pro Jahr auf 192 bis Mitte August 2023. Der weit überwiegende Teil dieser Fälle resultiert allerdings aus Parallelverfahren, die einen einzelnen Träger betreffen.

Die verbandliche Unterstützung im Kinder- und Jugendhilferecht war im Berichtszeitraum noch immer geprägt von der praktischen Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (KJSG 2021), insbesondere durch Erstellung von Arbeitshilfen und der Überarbeitung verschiedener Musterverträge.

Neben der praktischen Umsetzung des Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetzes (PUEG) sind im Bereich des Pflegerechtes die Überarbeitungen des ambulanten (Muster-) Pflegevertrages, inklusive einer entsprechenden Informationsveranstaltung, sowie des Tagespflegevertrages hervorzuheben.

Bei der sehr aufwendigen Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes nimmt Hessen eine Vorreiterrolle ein. In die entsprechenden Rahmenvertragsverhandlungen mit den Kostenträgern – auch bezüglich der Frühförderung und Früherkennung – ist die Rechtsabteilung der Diakonie Hessen eng mit eingebunden. Entsprechendes gilt auch für die erforderliche Überarbeitung der Musterverträge im Bereich der Eingliederungshilfe. Mitgewirkt hat die Abteilung überdies an der Novellierung des hessischen Ersatzschulfinanzierungsgesetzes, das zum Jahreswechsel 2023/2024 in Kraft treten wird.

Das Verbandsjustitiariat war sowohl befasst mit den eigenen Rechtsangelegenheiten der Diakonie Hessen (insbesondere Vorbereitung der Mitgliederversammlungen, Bearbeitung von Mitgliedschaftsanträgen, Abwicklung von Erbfällen, Begleitung in Bausachen, interne Vertragsgestaltungen und Datenschutz) als auch der Vermittlung von gesetzlichen Neuregelungen außerhalb des Arbeits- und Sozialrechtes, z.B. dem sehr ausdifferenzierten Hinweisgeberschutzgesetz.

In enger Kooperation mit dem Bereich Arbeitsrecht, der Personalabteilung und der EKKW wurde zum 01.01.2023 der Übergang der Abteilung „Fachbe-

ratung von Kindertagesstätten“ von der Diakonie Hessen in das Landeskirchenamt der EKKW gestaltet. Hinzu kam eine umfängliche Überarbeitung der Vertragsgrundlagen für die ev. Kindertagesstätten in Kurhessen-Waldeck.

Abteilung Förderwesen – Fundraising – Stiftungen (FFS)

Die Abteilung FFS hat die Aufgabe, Drittmittel sowohl für die Diakonie Hessen als auch für ihre Mitgliedereinrichtungen einzuwerben bzw. die Mitglieder bei ihren Aktivitäten zur Generierung von Fördermitteln zu unterstützen. Zielsetzung ist dabei stets, nicht ausfinanzierte Arbeitsfelder zu fördern, Innovationen voranzubringen und Hilfen in wirtschaftlichen Notlagen zu ermöglichen. Der Fokus liegt dabei auf Mitteln aus den Soziallotterien, Spenden, Geldauflagen von Gerichten und Staatsanwaltschaften, Kollekten und kirchlichen Sondermitteln sowie auch auf Fördermitteln von Stiftungen.

Im Jahr 2022 konnten 213 Fördermittelanfragen beraten und deren Finanzierung unterstützt werden. Damit wurden im Bereich der Diakonie Hessen diakonische Projekte in einem Gesamtumfang von mehr als 6,11 € Mio. Euro ermöglicht. Der gesamte Förderbedarf, welcher weitgehend über die Abteilung vermittelt werden konnte, betrug dabei mehr als 5,7 Mil. €.

Im Bereich Fundraising übernahm die Abteilung die Projektleitung der Aktion #wärmespenden und hat Spendenmittel von mehr als 142 TEUR generiert. Davon konnten wetterfeste Schlafsäcke, warme Kleidungsstücke und viele andere Soforthilfen an wohnungslose Menschen verteilt werden. Kooperationen u.a. mit der Landesstiftung ‚Miteinander in Hessen‘, Mainova AG und Hitradio FFH wurden ausgebaut. Unterstützt wurde die Aktion u.a. von Bestsellerautorin Nele Neuhaus, Schauspieler Tim Bergmann, Mentalmagier Nicolai Friedrich und FFH-Moderatorin Julia Nestle.

Die 2020 gestartete Spendenaktion „Corona-Nothilfe gegen Armut“ wurde mit Gesamteinnahmen von 1,368 Mio. EUR inkl. Sachleistungen erfolgreich abgeschlossen. Neben der Beratung von Mitgliedern wurde auch die Zusammenarbeit mit den Landeskirchen und der Fundraising Akademie im Rahmen des Fundraising Forums Frankfurt fortgeführt.

Im Förderwesen konnten zum einen 3,05 Mio. Euro aus den Soziallotterien für Mitgliedereinrichtungen beraten und vermittelt werden sowie zusätzlich rund 2,1 Mio Euro aus dem Förderfonds der Diakonie Hessen. Das in 2021 gestartete Beratungsformat „Mit Rat und Tat“ wurde erfolgreich fortgesetzt. Gemeinsam mit

anderen Wohlfahrtsverbänden hat sich die Diakonie Hessen an der Entwicklung einer Fördermittel-Software zur digitalen Bearbeitung von Fördermittelanträgen beteiligt. Die Diakonie Hessen übernimmt dabei eine Servicefunktion für ihre Mitglieder und stellt auch die eigenen Prozesse auf ein nahezu komplettes digitales Verfahren um.

Mit 30 Stiftungen stellt die Stiftung Diakonie Hessen inzwischen einen beachtlichen Fördertopf für Einzelfallhilfen und diakonische Projekte in ihrem Bereich zur Verfügung. Die Gesamtförderungen konnten auf knapp 4,45 Mio. Euro erhöht werden (+520 T€ in 2022). In 2022 wurden unter dem Dach der Stiftung Diakonie Hessen Zustiftungen in Höhe von 310 T€ generiert sowie eine Stiftung „Kunst trotz“ gegründet.

An Spenden und Kollektenmitteln wurden im Jahr 2022 mehr 204 T€ eingeworben. Im Demenzbereich konnten so Projekte sowohl in der Diakonie Hessen als auch in unseren Mitgliedereinrichtungen in einem Umfang von rund 230 T€ bezuschusst werden.

Referat Digitale und Nachhaltige Transformation

Unser neues mit Projektmitteln des Förderfonds der Diakonie Hessen im Jahr 2022 geschaffenes Referat Digitale und Nachhaltige Transformation hat das Ziel, im Rahmen der jeweils dreijährigen Projektdauer unsere Mitglieder sowohl in ihrer digitalen als auch nachhaltigen Transformation zu begleiten.

Mit Thomas Jung als Referent Digitalisierung und Stephanie Silber als Referentin Nachhaltigkeit haben wir es geschafft, die Projektstellen sehr qualifiziert zu besetzen. Beide stehen seitdem unseren Mitgliedern in ihren Transformationsprozessen beratend und unterstützend zur Seite und informieren regelmäßig zu wichtigen Themen und Veranstaltungen. Es ist ihnen so gelungen, in kürzester Zeit ihre eigenen thematischen Netzwerke inkl. jeweils eigenem Newsletter in der Diakonie Hessen aufzubauen und zu etablieren.

Neben den verschiedenen Informations- und Vernetzungsaktivitäten – insbesondere mit und zwischen unseren Trägern und Einrichtungen sowie natürlich auch anderen Stakeholdern – haben wir uns aber auch z. B. im Referat Digitalisierung mit der Einführung des neuen Online-Beratungs-Tools, dem Online-Zugangs-Gesetz (OZG) oder dem Aufbau einer moodle-Lernplattform beschäftigt und diese Themen entsprechend begleitet und kommuniziert. Im Bereich der Nachhaltigkeit waren im letzten Jahr wichtige Themen u.a. die Nachhaltigkeitsberichterstattung, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) sowie natürlich alles rund um den Klimaschutz.

Abteilung IT: Veränderung der Arbeitswelt – Gut gerüstet mit MS365

Die Arbeitswelt und die Dinge, wie wir sie tun, haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Sei es durch die Corona-Pandemie oder aber auch durch neue technische Entwicklungen: Wir arbeiten mittlerweile digitaler als noch vor ein paar Jahren. Dank unseres Umstiegs im Jahr 2021 in die MS365-Umgebung und die damit verbundene Nutzung der Cloudtechnologie sehen wir uns aber in der Diakonie Hessen für diesen Wandel technisch gut gerüstet.

Viele unserer Kolleginnen und Kollegen nutzen bereits regelmäßig die Möglichkeit des mobilen Arbeitens. Dank des Einsatzes von M365 können wir auch von unterwegs aus produktiv und effektiv zusammenarbeiten, während gleichzeitig die Sicherheit unserer Daten gewährleistet ist. Um unsere Produktivität und Zusammenarbeit weiter zu verbessern und Arbeitsprozesse auch zu optimieren, haben wir im Jahr 2022 zusammen mit unseren Anwendern interne Kommunikations- und Kollaborationsregeln erarbeitet und eingeführt. Des Weiteren informieren wir auch weiterhin regelmäßig unsere Kolleginnen und Kollegen über neue Tools und Funktionen innerhalb der verschiedenen Apps von M365, um so uns in der Organisation auch das Potenzial der digitalen Möglichkeiten zu erschließen.

Da eine derartige IT-Landschaft allerdings auch viel individuelle Konfiguration benötigt, war das Jahr 2022 auch aufgrund der hohen Personalfuktuation von hohem administrativem Aufwand geprägt.

Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass ChatGPT in aller Munde ist. Künstliche Intelligenz breitet sich immer weiter aus und auch wir in der Diakonie Hessen müssen uns damit auseinandersetzen. Wir werden untersuchen, wie ChatGPT oder der CoPilot von Microsoft uns bei der täglichen Arbeit in unserer Verbandsarbeit helfen können und gleichzeitig mögliche Gefahren wie Datenschutzverletzungen und algorithmische Voreingenommenheit im Auge behalten. Dieses spannende Gebiet wird uns sicherlich in den nächsten Monaten und Jahren stark beschäftigen.

Transparenz ist uns wichtig und schafft Vertrauen!

Im Jahr 2021 hat die Diakonie Hessen – Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck e.V. die Selbstverpflichtungserklärung der ITZ „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ unterzeichnet und sich so dem Transparency International Deutschland e.V. angeschlossen. Wir erfüllen damit die Anforderungen der Initiative Transparente Zivilgesellschaft und gehören so zu derzeit über 1.800 Non-Profit-Organisationen, die sich zu mehr Transparenz verpflicht-

tet haben.

Auf Initiative von Transparency International Deutschland e.V. wurden zehn grundlegende Punkte definiert, die jede zivilgesellschaftliche Organisation der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Dazu zählen unter anderem die Satzung, die Namen der wesentlichen Entscheidungsträger sowie Angaben über Mittelherkunft, Mittelverwendung und Personalstruktur. Mit Unterzeichnung der Initiative hat sich auch die Diakonie Hessen dazu verpflichtet, diese zehn Informationen jährlich erneuert der Öffentlichkeit auf ihrer Homepage zur Verfügung zu stellen.

Kontakt bei Fragen:

Christian Dülk, Bereichsleitung Innovation und besondere Mitgliederunterstützung

Tel.: 0561 1095-3222, christian.duelk@diakonie-hessen.de

Projekt: Digital Learning moodle Lernmanagementsystem für die Diakonie Hessen

Im Projekt Digital Learning bringen wir seit September 2022 in Kooperation mit der Diakonie Deutschland das Lernmanagementsystem moodle workplace für die Diakonie Hessen, gefördert vom Förderfonds, voran. moodle ermöglicht Wissenstransfer für alle Mitarbeiter*innen der Diakonie – für diakonische und fachliche Expert*innen und Lernende sowie für Fortbildungsverwaltende und für Trainer*innen.

Mittels des Lernmanagementsystems moodle können zum einen Trainer*innen als auch Mitarbeitende für Mitarbeitende digitale Lernräume gestalten und anbieten und diese können dann zeitlich und örtlich flexibel zum Lernen genutzt werden.

moodle selbst steht für modulare, objektorientierte und dynamische Lernerlebnisse. moodle ist bildungstechnologisch facettenreich und als Open Source-Software-Lösung sehr datensparsam und somit eine ideale Antwort auf unsere hohen Datenschutzerfordernisse in der Diakonie.

Spezifische Fachtrainings und Unterweisungen sowie Fortbildungen der Diakonie Hessen können komplett oder teilweise mittels moodle vorbereitet, gestaltet oder nachbereitet werden. Beispielsweise sind Online-Kurse zu den Themen: Führungskräfte-Balance, Suchtfragen sowie Bundesteilhabegesetz und Öffentlichkeitsarbeit und weitere diakonische Themen bereits in Entwicklung.

Über eine erste Pilot-Qualifizierungsreihe konnten wir schon 11 Mitarbeiter*innen der Diakonie Hessen als moodle-Fachtrainer*innen ausbilden. Perspektivisch werden weitere Online-Kursräume und die Qualifizierung als moodle-Fachtrainer*innen auch für interessierte Mitglieder der Diakonie Hessen angeboten.

Ab Herbst 2023 werden die diakonische Akademie moodle (diAmo) und erste diakoniespezifische Online-Fachtrainings mit Mitarbeitenden erprobt. Ab 2024 sollen in einem Folgeprojekt weitere Onlinekurse und Digital-Learning-Angebote für Mitglieder der Diakonie Hessen ermöglicht werden.

Momentan besteht das moodle-Projektteam aus dem Digitalisierungsexperten Thomas Jung sowie der Expertin für Online-Lernen mit wirtschaftspädagogischer und theologischer Qualifizierung Anita Burgsmüller und der studentischen Mitarbeiterin Hannah Pontzen.

Unerhört. Sozial. Erhebung.

Nachdem im Jahr 2021 noch Konzeptions- und Netzwerkarbeit im Vordergrund des Projektes „f3 – frauen fördern führung“ standen, konnte das Projekt 2022

INTERNE KUNDEN

inhaltlich Fahrt aufnehmen. Zu Beginn des Jahres 2022 wurde in Kooperation mit dem IZGS Beratung mittels online-Fragebogen unter den Mitgliedern der Diakonie Hessen eine Erhebung durchgeführt. Ausgangspunkt dieser Erhebung war die Frage, wie weiblich die oberste hauptamtliche Führungsebene in der Diakonie Hessen ist, und das Bestreben, gefühlten Verteilungen der Geschlechter belastbare Zahlen gegenüberzustellen.

Über den Vorstand der Diakonie Hessen wurden insgesamt 420 Mitglieder der Diakonie Hessen angeschrieben. Davon beteiligten sich 100 hauptamtlich organisierte Mitglieder an der Erhebung, was einer Rücklaufquote von 24 Prozent (bezogen auf alle angeschriebenen Mitglieder) entspricht. Nicht angeschrieben wurden die Dekanate (EKHN) und Kirchenkreise (EKKW), da sie kirchlich strukturiert und organisiert sind.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Diakonie Hessen auf einem guten Weg hin zu einer geschlechtergerechten Verteilung auf den obersten Führungsebenen ist.

Es zeigt sich jedoch, dass sich im Verhältnis zur Gesamtverteilung der Mitarbeitenden – zwei Drittel weiblich, ein Viertel männlich – diese Verteilung auf den Führungsebenen noch nicht widerspiegelt.

Hinzu kommt, dass die Führungsebene umso männlicher wird, je größer der Verantwortungsbereich ist, also je mehr hauptamtliche Mitarbeitende einer Führungskraft unterstellt sind.

Die in der Erhebung abgefragten Geschlechter waren „weiblich“, „männlich“ und „divers“, wobei „divers“ nicht ein einziges Mal genannt wurde. Dieses Thema scheint in der Diakonie Hessen (noch) nicht präsent zu sein.

Aufsichtsrat und die Mitgliederversammlung der Diakonie Hessen haben es sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2026 einen Mindestanteil von jeweils 40 Prozent Frauen und Männern in Gremien, Organen und Leitungsstellen zu erreichen. Auch der Vorstand möchte dies bis zum Jahr 2028 erreichen.

Rückenwind hierfür bekommt die Diakonie dafür von der Bundesebene, denn das EWDE hat Anfang 2023 eine Verbandsempfehlung für Regelungen zur Erreichung der Gleichstellung aller Geschlechter in Einrichtungen der Diakonie an alle Landesverbände herausgegeben. Diese enthält unter anderem einen umfangreichen Maßnahmenkatalog, der bei der Umsetzung unterstützen soll.

Für die Diakonie Hessen lässt sich sagen, dass einiges davon schon durch das Projekt „f3 – frauen fördern führung“ auf den Weg gebracht wurde. Nun gilt es, diese Maßnahmen weiter zu verfolgen. Denn

INTERNE KUNDEN

abgefragt wurde bei der Erhebung ebenfalls, wie viele Stellen auf den obersten Führungsebenen bei den Mitgliedern der Diakonie Hessen in den nächsten vier Jahren frei werden. Hierzu meldeten 31 Organisationen 46 freie Stellen für die nächsten vier Jahre – hier gilt es also weitsichtig zu sein und gut zu planen. Denn Instrumente einer strategischen Vorbereitung und Förderung von weiblichen Führungskräften können zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen.

Wenn Sie Interesse an der gesamten Auswertung haben, finden Sie die Broschüre [hier](#).

FREIWILLIGENDIENSTE

Die Ev. Freiwilligendienste stehen vor großen Herausforderungen: Die Bewerberzahlen sind rückläufig, die Betreuungsanforderungen werden intensiver und gleichzeitig drohen massive Mittelkürzungen. In dieser Situation ist es dringlicher als zuvor, die Qualität der Freiwilligendienste größtmöglich zu erhalten und mit verstärkter Werbung auf allen Ebenen die Freiwilligendienste bekannt zu machen.

Mit zunehmenden Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen und nach der Corona-Pandemie stehen die Freiwilligendienste in starker Konkurrenz: Wirtschaft, Schulen, Ausbildungsstellen oder Bundeswehr werben um junge Menschen. Auch die Ev. Freiwilligendienste bleiben von dem Rückgang an Bewerber*innen und Freiwilligen nicht verschont. Im Jahrgang 2022/2023 verzeichneten wir einen Teilnehmenden-Rückgang um rund 15 Prozent gegenüber dem Jahrgang 2021/2022. Dies hatte die Reduktion um drei Regelgruppen im FSJ/BFD (75 Freiwillige) zur Folge. Insgesamt begleiteten wir im Jahr 2022 ca. 650 Freiwillige. Während der Rückgang vor allem im sozialen Bereich zu verzeichnen war, sind die Zahlen im ökologischen Bereich stabil geblieben.

Im Bewerbungsverfahren ist allgemein ein Paradigmenwechsel festzustellen: Nicht die Freiwilligen bewerben sich bei uns als Träger oder bei den Einsatzstellen. Sondern wir und die Einsatzstellen bewerben uns bei den Freiwilligen und müssen uns dabei in bester Weise präsentieren. Die beste Werbung für die Evangelischen Freiwilligendienste und die Einsatzstellen ist dabei immer, dass Freiwillige gute Erfahrungen in ihrem Dienst machen und darüber berichten.

„Gute Erfahrungen können Freiwillige dann machen, wenn sie pädagogisch gut begleitet werden und auch in den Einsatzstellen der qualitative und personelle Mehrwert im Vordergrund steht. Eine umfassende öffentliche Förderung ist dabei die notwendige Voraussetzung für den Erhalt des Bildungs- und Orientierungscharakters der Freiwilligendienste.“

Die Anforderungen an die Begleitung wachsen, die Betreuung sowohl in der täglichen Praxis als auch während der Bildungsseminare wird intensiver und individueller. Gemeinsam mit den Einsatzstellen sind wir im ständigen Austausch, um die gute Begleitung unserer Freiwilligen bei sich ständig veränderten Bedingungen sicherzustellen. In regelmäßigen Einsatzstellenbesuchen und auf Newcomer-Tagungen (für neue Anleitende), Einsatzstellen-Tagungen und Anleitenden-Tagungen informieren wir die Einsatzstellen über aktuelle Entwicklungen (im Jahr 2022 über die Generation Z), stellen neue Methoden vor und bieten die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs, der gegenseitigen Beratung und der Reflektion. Zentrale Themen auf den Tagungen im Jahre 2022 waren die

weiter zunehmenden Belastungen und Beeinträchtigungen der Freiwilligen und der damit verbundene erhöhte Betreuungsaufwand für alle Beteiligten.

Gute Werbung ist die beste Voraussetzung, um die Freiwilligendienste bekannter zu machen und (junge) Menschen zu erreichen. „Tue Gutes und rede darüber“ hatten sich daher die Ev. Freiwilligendienste für das Jahr 2022 vorgenommen und die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut. Hierzu gehören u.a. die intensive Nutzung von Social Media, die Erstellung von Imagevideos und die Überarbeitung unseres Werbematerials. Bei dem Werben um Freiwillige ist es wichtig, dass auch die Einsatzstellen direkt auf die Möglichkeiten aufmerksam machen, sich bei ihnen in einem Freiwilligendienst zu engagieren. Den Einsatzstellen wurden Ideen und Materialien zur Verfügung gestellt, mithilfe derer sie im Bereich Öffentlichkeitsarbeit mit wenig Aufwand aktiv für einen Freiwilligendienst in ihren Einsatzstellen werben können.

Damit der Bildungs- und Qualifizierungscharakter und die Attraktivität des Freiwilligendienstes erhalten bleiben, ist es dringend notwendig, dass sich die allgemeinen Rahmenbedingungen für den Freiwilligendienst verbessern. Nur so können wir die Freiwilligendienste stärken und attraktiver machen. Leider ist davon auszugehen, dass das nicht in der notwendigen Form möglich sein wird.

Bereits im Jahr 2022 zeichnete sich massive Haushaltskürzungen vonseiten der Landeskirchen und der Bundesregierung ab. Für die Ev. Freiwilligendienste werden die massiven Einsparungen verbunden mit einer sich daraus ergebenden Planungsunsicherheit zur Folge haben, dass das attraktive Angebot eines Freiwilligendienstes konzeptionell neu aufgestellt werden muss und sich leider eine Erhöhung der Einsatzstellenumlage nicht umgehen lässt.

Sollten die Kürzungen wie geplant umgesetzt werden, würden wir jährlich 30 Prozent weniger Freiwillige vermitteln können. Das entspricht einer Reduzierung von bisher rund 650 auf 455 Freiwillige pro Jahr.

Somit würden in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen pro Jahr 195 Freiwillige weniger mitarbeiten und das qualitative Plus in den sozialen Arbeitsgebieten wegfallen. Die vielen zusätzlichen freiwilligen Leistungen, die die dortige Arbeit für die Klient*innen und Betreuten erweitern und bereichern, würden dann nicht mehr im bisherigen Umfang zur Verfügung stehen.

Es würden somit auch 195 Chancen verloren gehen, um zukünftige Auszubildende und Mitarbeitende zu gewinnen – insbesondere in Einrichtungen der Pflege und Betreuung, in den Kindertagesstätten u.v.m., die schon jetzt unter großem Fachkräftemangel leiden.

FREIWILLIGENDIENSTE

Das nächste Jahr wird entscheidend davon geprägt sein, die drohenden Kürzungen und damit eine weiter sinkende TN-Zahl und Qualitätsverluste möglichst abzuwenden. Gemeinsam mit anderen Trägern und Einrichtungen ist daher die politische Lobbyarbeit eine unserer zentralen Aufgaben, um die Attraktivität der Freiwilligendienste zu erhalten.

Bewährtes bewahren

Dieses Credo kennzeichnet auch in 2022 die Arbeit an den drei Standorten des Ev. Fröbelseminars – Schule Kassel, Schule Korbach, Familienzentrum. Oberste Priorität ist und bleibt die Ausbildung von Sozialassistent*innen, staatlich anerkannten Erzieher*innen und Heilpädagog*innen. Dazu kommt die Möglichkeit des Erlangens der bundesweit allgemein anerkannten Fachschulschulreife.

Die Unterrichtsabdeckung im Umfang von 100 Prozent wurde und wird auch künftig angestrebt.

Im vollständig belegten Familienzentrum mit Krippe und Kita konnte trotz zahlreicher Personalausfälle durch erkrankte Mitarbeitende der volle Betrieb das ganze Jahr über aufrechterhalten werden. Es gab keine Einschränkungen bei den Öffnungszeiten oder dem Angebot.

Die dünne Personaldecke an allen Standorten, entsprechend der allgemeinen gesellschaftlichen Problematik des Fachkräftemangels, stellte und stellt eine große Herausforderung dar. Fachkräftegewinnung und -bindung beschäftigt die Schulleitung in hohem Maße. Uns ist bewusst, dass wir kompetentes Fachpersonal im Lehrkörper nur ausreichend bekommen und halten, wenn neben den vorhandenen Qualifikationen die Möglichkeit zu beständiger Fort- und Weiterbildung besteht.

Aufgrund der gestiegenen Zahl an Quereinsteiger*innen im Personal wurden die Einarbeitungskonzepte an den Schulstandorten angepasst und den neuen Mitarbeitenden gezielt ein kollegiales Mentorat angeboten.

Die Fröbelpädagogik bleibt fester Bestandteil in der Schwerpunktprofilierung des Ev. Fröbelseminars und wird weiter ausgebaut. So werden in 2023 die Studienfahrten auf „Fröbels Spuren“ ins thüringische Band Blankenburg für alle Lerngruppen der Erzieher*innen-Ausbildung wieder aufgenommen.

Der regelmäßige Austausch mit den Trägern ist und bleibt sehr bedeutsam. Nach der Coronabedingten Unterbrechung der vergangenen beiden Jahre gehört der Info- und Kennenlern-Tag von Trägern und Einrichtungen für praktikumsinteressierte Studierende, Schülerinnen und Schüler unserer Schulen nun wieder zum festen Bestandteil in der Schuljahresplanung.

Zudem wurden Coaching-Workshops zum Thema Vorstellungsgespräch konzipiert.

FRÖBELEMINAR

Neues wagen

Die Schulleitung hat beschlossen, in die Antragstellung der erneuten Zertifizierung der modularisierten Ausbildung zu gehen, Modulverantwortlichkeiten wurden erstmalig ausgewiesen und starten zum neuen Schuljahr mit ihren Aufgaben.

Der entstandene Fröbelgarten wird in die Schulkonzeption des Ev. Fröbelseminars integriert und kommt als außerschulischer Lern- und Arbeitsort, als Modell- und Erprobungsraum für die Schüler*innen und Studierenden, als Begegnungsort im Quartier sukzessive in Aktion.

Der Demokratieprozess wird durch weitere Fortbildungsmöglichkeiten im Kollegium in der Schulgemeinde fortgeführt.

Schwerpunkt gemäß Lehrplan wird das zu erstellende Schutzkonzept sein. Hier geht es um Prävention und Intervention und die feste Integration der Thematik in die Unterrichtsinhalte. Auch das Familienzentrum ist in die Erarbeitung eines Gewaltschutzkonzepts eingebunden.

Für die Bewältigung von Krisen, Gefahren- und Schadenlagen, die im schulischen Alltag auftreten können, koordiniert und entwickelt das Schulische Kriseninterventionsteam (SKIT) Maßnahmen. In regelmäßigen Treffen des Schulkriseninterventionsteams werden Krisenpläne erarbeitet und bei z.B. Brandschutzübungen konkret angewendet.

Digitale Medien werden am Ev. Fröbelseminar mehr und mehr selbstverständliche Arbeits- und Kommunikationsmittel. Sowohl inhaltlich-konzeptionell als auch in der Ausstattung und Handhabung ist unsere Ausbildungsstätte vorbereitet, um den Anforderungen der Zeit mit moderner, digitaler Bildungsstruktur zu begegnen. Unsere Schulen können – auch dank der Unterstützung aus dem DigitalPakt Schule des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und unserer internen Arbeitsgruppe „Digitalisierung“ – mit digitaler Vielseitigkeit und zeitgemäßen Konzepten aufwarten.

So ist die schulweite Umstellung des Fröbelseminars (1.200 Benutzer) auf Microsoft 365 sowie die Ausstattung aller Lernräume mit digitalen Tafeln und Videokonferenzsystemen abgeschlossen.

Es ist geplant, weitere Klassensätze iPads anzuschaffen, welche die Schüler*innen und Studierenden im Unterricht nutzen können. Der Erwerb einer Schulverwaltungssoftware inklusive digitalem Stundenplan und digitalem Klassenbuch ist für Anfang 2024 geplant.

Die internationalen Partnerschaften und Kooperati-

FRÖBELSEMINAR

onen werden gefestigt, die Ausbildungsprogramme über „Erasmus+“ und „Ausbildung weltweit“ gestartet. Dazu haben wir die Kontakte zu Schulen und Einrichtungen in Palästina und Namibia neu aufgenommen und nehmen verstärkt Praktikant*innen-Austauschmöglichkeiten in den Fokus.

Das Arbeitszentrum Fortbildung soll sich in Richtung Kompetenzzentrum Bildung erweitern. An dieses Kompetenzzentrum werden sich zukünftig auch die Nachqualifizierungen, Anleiter-Fort- und Weiterbildungen, die Ausbildung zur Fröbelfachkraft und ein vielfältiges Fortbildungsprogramm usw. ansiedeln.

Stete Fortbildung und Schulung des gesamten pädagogischen Personals wird auch im Familienzentrum forciert. Dabei werden vorrangig Themen wie Ernährung, Bewegung, seelisches Wohlbefinden und Erzieher*innen-Gesundheit betrachtet – basierend auf entsprechenden Maßnahmen im Rahmen des beruflichen Gesundheitsmanagements.

Um weiterhin die hohe Qualität der Ausbildung zu halten, ist es vor allem am Standort Korbach notwendig, in die Ausstattung zu investieren. So wurden Projekte wie die Lernwerkstatt und auch die Sanierung einzelner Klassenräume beschlossen und angegangen. Zur Stärkung des Ev. Profils der Schule ist ein sogenannter ImPulsRaum – orientiert am Kirchenjahr – konzipiert worden: als Ort für Begegnung, Austausch und Angebot zum spielerischen Verstehen von Inklusion und respektvollem Miteinander. Die Barbara Schadeberg-Stiftung fördert mit 4.500 € die Anschaffung des benötigten Equipments.

Bei mehreren Besuchen von Landtagsabgeordneten unterschiedlicher Parteien haben sich spezielle Fragestellungen für den Standort Korbach herauskristallisiert: Mobilität und Klärungsbedarf bezüglich der Eingruppierung der Piva-Studierenden.

Für das Familienzentrum stehen aktuell dagegen Themen wie die Erstellung eines Sanierungskonzepts, die Erweiterung von Zusatzangeboten und die Umsetzung des Projekts „Büchertauschschrank für Kinder“ an.

AG DIAKONIE IN RHEINLAND-PFALZ

Die Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz, die die Diakonischen Werke Hessen, Rheinland Westfalen-Lippe und Pfalz umfasst, wurde im Oktober 2022 20 Jahre alt.

Was anfangs sehr klein und mit vielen Vorbehalten durch die einzelnen Spitzenverbände begann, hat sich zu einer der effizientesten und stärksten Arbeitsgemeinschaften der Diakonie in Deutschland entwickelt. Alle diakonischen Träger arbeiten in Facharbeitsgemeinschaften eng miteinander. Die Stimme der Diakonie ist aufgrund ihrer hohen Fachlichkeit und Präsenz in Rheinland-Pfalz stark wahrnehmbar.

Die Arbeitsgemeinschaft wird von den politischen Institutionen sehr ernst genommen. Im Zusammenspiel mit den anderen Wohlfahrtsverbänden in der LIGA gelten unsere Expertisen und unser Engagement als vorbildlich.

Aber nicht nur das ist erwähnenswert, sondern dass wir seit 20 Jahren auch eine gemeinsame Vertretung mit den Evangelischen Kirchen am Sitz der Landesregierung haben und der Sprecher der Geschäftsführung, Landespfarrer Albrecht Bähr, gleichzeitig der Vertreter des Beauftragten der Evangelischen Kirchen am Sitz der Landesregierung, Kirchenrat Wolfgang Schuhmacher, ist.

Zusammen mit unseren landesweiten Referentinnen und Referenten – die die gemeinsame Vertretung beraten – und unseren Verwaltungskräften sind wir zu einer starken Stimme im Konzert der vielen Mitstreiterinnen und -streiter sowohl mit Blick auf die soziale Frage als auch die Anwaltschaft gegenüber Menschen, die unsere Unterstützung brauchen, geworden.

Das war im Jahr 2022 auch dringend notwendig gewesen. Die Corona-Pandemie offenbarte nicht nur, dass wir ein gravierendes Fachkräfteproblem haben, sondern brachte auch einen signifikanten Anstieg von psychischen Erkrankungen, Gewalt in häuslichen Beziehungen, Überschuldungen und Suchtproblemen betroffener Menschen hervor. Die Flutkatastrophe im Ahrtal, in und um Trier und in der Hoheifel verlangte von uns ein schnelles Handeln und pragmatische Entscheidungen. Der Ukraine-Krieg – verbunden mit der Frage: Wie gestalten wir die Arbeit mit den Flüchtlingen aus den unterschiedlichsten Ländern der Welt? – haben uns mehr als gefordert. Auch die Energieknappheit und die damit wieder erstarkende Armut bei den Menschen beschäftigt uns sehr.

Es war ein hartes Jahr – aber noch nie zuvor hatten wir das Gefühl, dass es richtig gut ist, dass es die Diakonie gibt!

STATISTIK

Statistik der Mitglieder und deren Einrichtungen
Stand 18.09.2023

Hinweis: Zur vollständigen Darstellung der Leistungsangebote der Diakonie Hessen sind hier auch die Einrichtungen, Mitarbeitenden und Umsätze der regionalen Diakonischen Werke aufgeführt.

Privatrechtlich verfasste Rechtsträger inkl. Vereine, Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften	351
Dekanate der EKHN	24
Kirchenkreise der EKKW	14
Kirchliche Zweckverbände	52
Mitglieder der Diakonie Hessen	441

Insgesamt sind in der Diakonie Hessen und ihren Mitgliedern rund 42.000 hauptamtliche Mitarbeiter*innen beschäftigt.

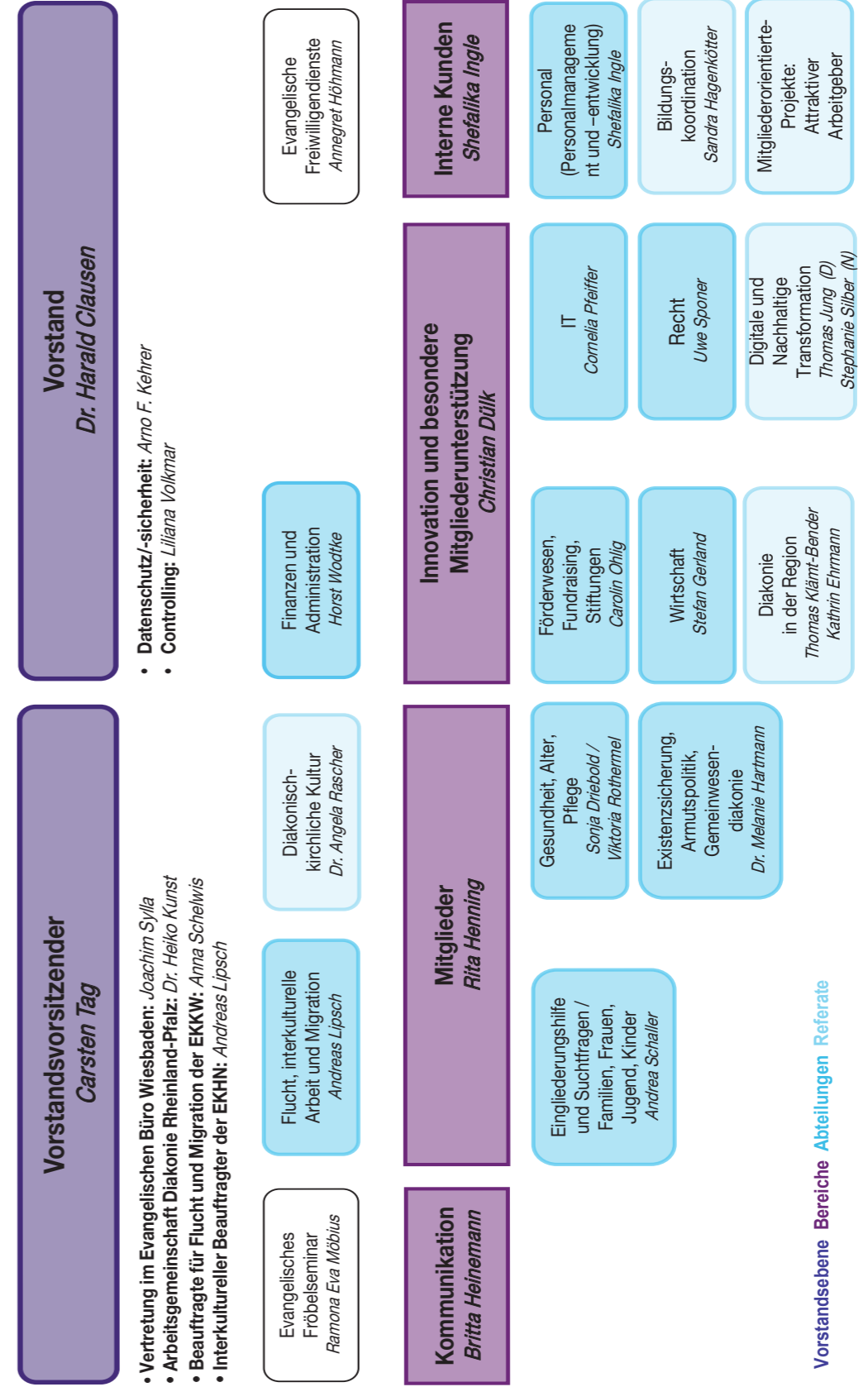
Die Mitglieder der Diakonie Hessen erwirtschafteten im Jahr 2021 in ihren Arbeitsbereichen einen Umsatz > 2,4 Mrd €

Einrichtungen und Angebote nach Branchen	2023
Krankenhäuser	31
Altenhilfe	409
Diakoniestationen	130
Hospizhilfe	32
Kinder- und Jugendhilfe	671
Familienhilfe	135
Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung	268
Hilfe für Personen in besonderen Sozialen Situationen*	328
Ausbildung	67
Sonstige Angebote	152
Summe	2.223

ORGANIGRAMM



Organigramm Diakonie Hessen – ab 01. August 2023



Diakonie Hessen -

Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck

Landesgeschäftsstelle Frankfurt
Ederstraße 12
60486 Frankfurt am Main
T +49 69 7947-0
F +49 69 7947 99 6398
kontakt@diakonie-hessen.de

Landesgeschäftsstelle Kassel
Kölnische Straße 136
34119 Kassel
T +49 561 1095-0
F +49 561 1095-3295
info@diakonie-hessen.de

www.diakonie-hessen.de

Stand: 04.10.2023